

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**HELLO,  
ROBOT**

MAK

**Frauenvolksbegehren  
reloaded**  
Sonja Ablinger

**Rückkehr nach Wien**  
Muna Duzda

**Warum die Linke mitverantwortlich  
für den Aufstieg der Rechten ist**  
Richard Bärnthaler

**»For the many, not the few!«  
Wahlprogramm der Labour Party**  
Zusammenfassung: Ludwig Dvořák





# EDITORIAL

Früher als erwartet hat sich das intrigante Mobbing von Außenminister Kurz und Innenminister Sobotka im Rücktritt von ÖVP-Parteiboss Reinhold Mitterlehner niedergeschlagen. Auch wenn dessen Überhöhung als konsensdurstiger Sozialpartner reinen Wassers etwas übertrieben erscheint, steht die Neuausrichtung der ÖVP zweifellos für eine Zäsur in der österreichischen Innenpolitik: Kurz und Sobotka glauben, ohne und gegen die SPÖ regieren zu können und steuern inhaltlich und strategisch seit geraumer Zeit auf eine Neuaufgabe von Schwarz-Blau hin.

Manche in der SPÖ meinen, dieser Entwicklung durch eine Annäherung an die FPÖ begegnen zu können. Das ist aus mehreren Gründen eine Fehlkalkulation: Wer sich weitergehende Zugeständnisse in zentralen politischen Fragen erhofft, blendet aus, dass die FPÖ in allen wesentlichen Fragen, von der Vermögenssteuer über die Mietzinsbegrenzung bis zur Gesamtschule Seite an Seite mit den ÖVP-Bremsern kämpft – und als Draufgabe die Abschaffung der »Zwangsmitgliedschaft«, auf Deutsch also die massive Schwächung der Arbeitskammern, fordert. Zum anderen ignorieren diese Kräfte, die Sprengkraft, die diese Frage innerparteilich immer noch hat. Der Zorn über die ÖVP mag groß sein – aber einen Harald Vilimsky zum Innenminister oder Martin Graf zum Verkehrsminister zu machen, wird nicht so problemlos über die Bühne gehen, wie sich das manche wünschen – und wird die SPÖ in den nächsten Jahren innere Stabilität und massiv WählerInnenstimmen kosten.

Die einzige tragfähige Alternative ist der Kampf für eine Mehrheit jenseits von Schwarz und Blau, wie sie vor Monaten in einem verunglückten Hintergrundgespräch bereits zu Recht formuliert wurde. Es ist bedauerlich, dass die Übergangszeit bis zur Wahl nicht für eine Minderheitsregierung genutzt werden konnte, die den ÖsterreicherInnen demonstrieren hätte können, dass eine Regierung ohne Schwarz und Blau einiges weiterbringen kann.

Gerade weil die aktuellen Umfragen eine solche Mehrheit nicht wahrscheinlich aussehen lassen, lohnt sich aber auch ein Blick auf andere europäische Länder, und was wir dort für politische Kampagnenführung (nicht) lernen können:

Davor unterzieht **Sonja Ablinger** die Umsetzung der Forderungen des ersten **Frauenvolksbegehrens** einen **Faktencheck**, der die Notwendigkeit des für heuer in Aussicht genommenen zweiten Frauenvolksbegehrens deutlich macht.

Im Rahmen unseres Schwerpunkts zu den **Frankreich-Wahlen** analysiert **Gerhard Marchl** das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen und warum Macron zwar deutlich, aber ohne Euphorie gewählt wurde.

**Muna Duzdar** schildert aus eigenen Erfahrungen, warum sich zwischen **politischem System** und **Wahlvolk** in Frankreich eine so enorme **Kluft** auf tut.

**Ludwig Dvořák** zeichnet in seinem Beitrag die Ursachen für das **Scheitern** des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Hamon und die durch **Macron** drohende vorläufige **Zerschlagung** der französischen Linken nach.

**Richard Bärentaler** geht in seinem Text der Frage nach, welche Rolle die **Linke** für die **Erfolge** der **Rechten** hat und plädiert für radikale politische Alternativen der Linken statt eines fehlgeleiteten moralischen Überlegenheitsgefühls im Umgang mit rechter Politik.

Schließlich dokumentieren wir eine stark gekürzte, übersetzte Fassung des **Wahlprogramms** der britischen **Labour Party**, die trotz einer drohenden Wahlniederlage, inneren Konflikten, einer feindseligen Presse und schlechten persönlichen Werten ihres Parteichefs mit einem akzentuierten Wahlmanifest und einer starken Wahlkampfperformance Corbyns immerhin in den Umfragen Boden gut machen konnte.

Das Heft wird von den **Buchtipps** abgerundet.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



**Anouk Wipprecht, Spider Dress 2.0**

2015; Roboterkleid, 3-D-Druck mit Intel Edison Microcontrollern  
© Anouk Wipprecht/Foto: Jason Perry

## 6 Frauenvolksbegehren reloaded

VON SONJA ABLINGER

## Schwerpunkt WAHLEN IN FRANKREICH

### 14 Frankreich im politischen Umbruch

VON GERHARD MARCHL

### 20 Rückkehr nach Wien

VON MUNA DUZDA

### 26 Sonnyboy und die Brandstifter

VON LUDWIG DVOŘÁK

### 32 Warum die Linke mitverantwortlich für den Aufstieg der Rechten ist

VON RICHARD BÄRNTHALER

### 38 »For the many, not the few!« Wahlprogramm der Labour Party

ZUSAMMENFASSUNG VON LUDWIG DVOŘÁK

### 48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

# Frauenvolksbegehren reloaded

Ist **zwanzig Jahren** nach dem ersten Frauenvolksbegehren die Gleichberechtigung nicht längst erreicht, wie oft zu hören ist? Sonja Ablinger unterzieht diese Annahme einem Faktencheck, der untermauert, warum das zweite Frauenvolksbegehren eine dringliche Notwendigkeit ist, um den Forderungen des ersten Frauenvolksbegehrens zum Durchbruch zu verhelfen.

**20** Jahre nach dem ersten Frauenvolksbegehren stellen wir – wieder einmal – fest, dass wenige der Forderungen umgesetzt wurden. An den ungleichen Geschlechterverhältnissen hat sich wenig verbessert. Immer mehr Frauen arbeiten Teilzeit – viele davon nicht freiwillig. Die Lohnschere schließt sich nicht und die Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten kaum geändert. Ich habe die elf Forderungen des ersten Frauenvolksbegehrens in Hinblick auf die Datenlage von damals und heute angesehen. Die wachsende Armut bei Alleinerzieherinnen, die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die fehlenden Rechtsansprüche im Bereich der Vereinbarkeit – machen deutlich, wie aktuell der Forderungskatalog des »alte Frauenvolksbegehrens« heute noch ist. Das neue Frauenvolksbegehren<sup>1</sup> ist gerade darum wichtig und genau am Punkt.

Das überarbeitete Regierungsübereinkommen macht darüber hinaus deutlich, dass die Koalition wenig Interesse an emanzipatorischer Frauenpolitik hat. Kaum eine einzige zentrale frauenpolitische Forderung findet sich in dem Update der Regierungserklärung wieder.<sup>2</sup>

Was wir brauchen, ist ein neues »bissfestes« Gleichstellungspaket mit Rechtsansprüchen. Das würde zum Beispiel bedeuten, ein Entgeltgleichheitsgesetz ohne Verschwiegenheitsklauseln, einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, den dringend notwendigen Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen, Frauenhäuser und Frauenservicestellen, ein Unterhaltsgesetz, das Kinderarmut beseitigt – und eine Staatszielbestimmung, die Gleichstellung der Geschlechter als Verpflichtung und Handlungsanleitung sieht. Um es mit Johanna Dohnal zu sagen: Es geht darum, dass die so genannten »weichen Themen«, die in Wirklichkeit »harte Brocken« sind,

endlich die Bedeutung erhalten, die sie verdienen und nicht männlich milde belächelt werden.

## DIE FAKTEN

Die Forderungen des Frauenvolksbegehrens nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit und einem Mindestlohn sind auch 20 Jahre später noch hochaktuell. Der Gender Pay Gap schließt sich nur sehr langsam. Vergleicht man/frau das Bruttojahreseinkommen von unselbständig erwerbstätigen Frauen und Männern, so liegt der Einkommensnachteil laut Zahlen der Statistik Austria unverändert bei 38 Prozent.<sup>3</sup> Ein Grund dafür ist auch der Anstieg der Teilzeit bei Frauen. Die Teilzeitquote der Frauen stieg von 31 auf 50 Prozent. Was besonders ins Auge springt: Die Teilzeitquote von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren liegt mittlerweile bei 75 Prozent.<sup>4</sup> Vor zwei Jahrzehnten betrug sie lediglich 45 Prozent. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit müssen 20 Jahre nach dem ersten Frauenvolksbegehren noch immer überwiegend Mütter alleine beantworten. Männer in Karenz bleiben die Ausnahme und Väter reduzieren selten aus familiären Gründen ihre Arbeitszeit.

Frauen haben zwar in Sachen Bildungsabschlüssen enorm aufgeholt – aber die gläserne Decke bleibt bestehen. Das hängt eben auch damit zusammen, dass die Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familienarbeit eine »weibliche Domäne« ist. Einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, wie ihn das Frauenvolksbegehren forderte, gibt es noch immer nicht. Die Kinderbetreuungsangebote für Unter-2-jährige stiegen nach Daten der Statistik Austria zwischen 1995 und 2015 von fünf auf lediglich 25 Prozent, die Quote für Volksschulkinder hat in den letzten zwanzig Jahren einen bescheidenen Anstieg von sieben Prozent auf 17 Prozent verzeichnet.<sup>5</sup>

Das Frauenvolksbegehren forderte einen garantierten Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit. Auch diese Forderung wurde nicht umgesetzt. Es gibt mittlerweile zwar eine Regelung zur gesetzlichen Elternteilzeit, allerdings nur für Beschäftigte, die in einem Betrieb mit mehr als 21 Beschäftigten arbeiten. Die Arbeiterkammer hat dazu jüngst die Diskriminierung von Frauen in Elternteilzeit aufgedeckt.<sup>6</sup> Die Rückkehr in den Job führt viele Mütter ins berufliche Abseits. In der AK Rechtsberatung wurde zwischen September und Dezember 2016 erhoben, mit welchen Problemen sich junge Eltern – in erster Linie sind es Frauen – an die AK Wien wenden. Die Untersuchung zeigt: Benachteiligungen von Müttern kommen häufig vor. Die Probleme der Betroffenen reichen von Verschlechterungen des Arbeitsklimas über Zuweisung zu schlechteren Tätigkeiten bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes.

Die fehlenden Rechtsansprüche, der Rückbau des Sozialstaates und immer wieder nur versprochene, aber bisher nicht eingelöste Reformen, wie zum Beispiel die Unterhaltssicherung von Kindern in Ein-Eltern-Familien treffen darum Alleinerziehende besonders hart.<sup>7</sup> Mittlerweile haben laut EU-SILC 2015 Ein-Eltern-Haushalte mit 42 Prozent die höchste Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.<sup>8</sup>

Die Konsequenz dieser Benachteiligung spiegelt sich in der weiblichen Altersarmut wider. Eine der Forderungen des Frauenvolksbegehrens war das Recht auf eine Grundpension, die nicht unter dem Existenzminimum liegen darf. Davon sind wir heute weit entfernt. Die Pensionsreformen der blau-schwarzen Regierung (2003/2004) machen Frauen zu den großen Verliererinnen. Der Gender Gap in der Alterspension ist mittlerweile auf 53 Prozent angewachsen.<sup>9</sup> Der verlängerte Durchrechnungszeitraum, also die de facto lebenslange Durchrechnung, damals zynisch als »Pensionsharmonisierung« umschrieben und die Veränderung bei der Bemessungsgrundlage werden ihre dramatischen Auswirkungen noch zeigen. Eine Pensionskürzung wurde als Pensionsreform verkauft.

Der frauenpolitische Backlash lässt sich ganz konkret beziffern: Lag Österreich nach den Erhebungen des »Global Gender Gap Report«<sup>10</sup> im Jahr 2006 noch an 26. Stelle, so belegen wir 2016 nur noch den 52.(!) Rang.<sup>11</sup> Rund 170 Jahre wird es noch dauern, bis Frauen und Männer weltweit gleichgestellt sein werden, wie aus der Studie des World Economic Forum hervorgeht. Der Report gibt auch Auskunft darüber,

wie groß die Geschlechterdifferenz in Bezug auf wirtschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit, Bildung, Gesundheit und politische Partizipation in einem Land ist. 2016 wurden 144 Länder verglichen. In der Kategorie »Wirtschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit« liegt Österreich 2016 auf dem 84. Platz, in der Unterkategorie Einkommensgleichheit auf dem 100. Platz.

## WAS WURDE VOM ERSTEN FRAUENVOLKSBEGEHREN UMGESETZT?

Zur besseren Vergleichbarkeit habe ich nachstehend die Forderungen des ersten Frauenvolksbegehrens (kursiv) mit der tatsächlichen Umsetzung verglichen.

*1. Unternehmen erhalten Förderung und öffentliche Aufträge nur, wenn sie dafür sorgen, dass Frauen auf allen hierarchischen Ebenen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sind.*

Eine Koppelung der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand an Gleichstellungsziele gibt es nicht. Beschlossen wurde die Verpflichtung für Unternehmen Einkommensberichte zu legen. Seit 2011 sind Unternehmen verpflichtet, Berichte zu legen:

Der Einkommensbericht muss von Unternehmen, die dauernd mehr als 150 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer beschäftigen, alle zwei Jahre erstellt werden.

Die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer sind zur Verschwiegenheit (außerhalb des Unternehmens) über den Inhalt des Einkommensberichts verpflichtet. Einholungen von Rechtsauskünften oder Beratung durch Interessenvertretungen (z.B. die Arbeiterkammer) oder die Einleitung eines Verfahrens zur Durchsetzung von Ansprüchen nach dem Gleichbehandlungsgesetz stehen dem nicht entgegen.

Aber:

- eine verpflichtende Beratung des Einkommensberichts ist nicht vorgesehen.
- Einkommensberichte verschwinden oft in der Schublade – es besteht keine Verpflichtung zu einem Maßnahmenplan zur Behebung von Einkommensbenachteiligungen.
- LeiharbeiterInnen sind nicht miteinbezogen.
- die Lesbarkeit der Einkommensberichte ist mangelhaft.
- Überstunden, Prämien und Zulagen sind nicht extra ausgewiesen.
- ein Genderindex zu Führungskräften fehlt.

- die Gleichbehandlungsanwaltschaft wird nicht in die Evaluierung miteinbezogen.
- vor allem aber fehlt eine Kompetenzstelle zur Evaluierung und Weiterentwicklung der Einkommensberichte.

2. *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist anzustreben. Deshalb ist ein Mindesteinkommen von S 15.000,- brutto, das jährlich dem Lebenskostenindex angepasst wird, zu sichern.*

Aktuell hat die Bundesregierung in ihrem Arbeitsprogramm die Umsetzung eines Mindestlohnes von 1.500 Euro ins Auge gefasst. Laut Arbeiterkammerdaten verdienen rund 356.500 Beschäftigte weniger als 1.500 Euro brutto, davon sind zwei Drittel Frauen – also etwa 243.000 Frauen. Der Gender Pay Gap bleibt auch 20 Jahre danach noch fast unverändert, wie die Daten zeigen. Um soviel verdienen Frauen weniger als Männer:

Bruttojahreseinkommen von unselbständig erwerbstätigen Frauen und Männern im Zeitvergleich – mit Teilzeitbeschäftigten:<sup>12</sup>

1997: 38,2%    2015: 38,4%

Bruttojahreseinkommen von unselbständig erwerbstätigen Frauen und Männern im Zeitvergleich – nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigte:<sup>13</sup>

1997: 22,5    2015: 17,3

3. *Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind arbeits- und sozialrechtlich der vollen Erwerbstätigkeit gleichzustellen.*

Geringfügig Beschäftigte sind zwar vom Arbeitsrecht erfasst, aber nur unfallversichert – es sei denn, man/frau hat mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die über 426 Euro pro Monat liegen. Was besonders ins Auge springt: War vor 20 Jahren Teilzeit die überwiegende Beschäftigungsform von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren (45%), ist sie mittlerweile für die Mehrheit der Frauen die häufigste Beschäftigungsform – unabhängig vom Alter der Kinder. Vor 20 Jahren war fast jede zweite Frau mit Kindern unter 15 Jahren in einer Teilzeitbeschäftigung, der Anteil heute liegt bei 75 Prozent.

Teilzeitquoten (ILO) der 25- bis 49-Jährigen, 1997 – 2015<sup>14</sup>

	1997	2015
Männer insgesamt	3,4 %	8,9 %
Frauen insgesamt	31,3 %	50,2 %

	1997	2015
Männer mit Kindern unter 15	2,8 %	6,6 %
Frauen mit Kindern unter 15	44,9 %	74,5 %

4. *Keine Anrechnung des PartnerEinkommens bei Notstandshilfe und Ausgleichszulage.*

Hier gibt es keine Änderung – nach wie vor wird das Partnereinkommen bei der Notstandshilfe einbezogen.<sup>15</sup> Noch immer gilt: Es sind überwiegend Frauen, die die Notstandshilfe wegen Einrechnung des Partnereinkommens verlieren. Sobald das Partnereinkommen abzüglich eines Freibetrags (2017: € 647 bzw. höherer Freibetrag bei Unterhaltspflichten bzw. einem höheren Lebensalter) höher als die Notstandshilfe ist, wird diese nicht ausbezahlt. In den betroffenen Haushalten fällt daher nach dem Ende des Arbeitslosengeldbezuges ein Einkommen zur Gänze weg. Oft reicht schon ein Partnereinkommen von rund € 1.200 netto, damit die Notstandshilfe ersatzlos gestrichen wird – und das trotz jahrelangen Einzahlens in die Arbeitslosenversicherung. Bundesweit stieg von 2008 bis 2016 die Zahl der NotstandshilfebezieherInnen von 78.400 auf 167.000. Durch die Anrechnung des Partnereinkommens wurden im Jahr 2016 rund 18.600 Menschen die Notstandshilfe gekürzt oder gänzlich gestrichen.<sup>16</sup> 83 Prozent der Betroffenen waren Frauen.

5. *Die Gleichstellung der Frauen muss auch durch staatliche Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Die Bundesregierung hat geschlechtsspezifische Statistiken zu den Themen Beruf und Bildung zu erstellen und jährlich zu veröffentlichen.*

Berichte wie der Gender Index werden jährlich herausgegeben, aber an der geschlechtsspezifischen Ausrichtung von Bildungswegen hat sich wenig verändert. Allerdings: Frauen haben in Sachen Bildungsabschlüssen enorm aufgeholt, doch die gläserne Decke bleibt bestehen. Seit 2011 wird jährlich der Gender-Index<sup>17</sup> Frauen und Männer in Österreich (Geschlechtsspezifische Statistiken) erstellt.

Studienabschlüsse ordentlicher Studierender an Universitäten<sup>18</sup> 1990 bis 2014:

1990/91 Männer: 6.834, Frauen: 4.930 (Frauenanteil 42%)  
 2014/15 Männer (Uni): 15.272, Frauen (Uni): 19.267 (Frauenanteil 56%)



Dem akademischen Siegeszug der Frauen zum Trotz bleiben Managementpositionen vorrangig Männern vorbehalten wie der Frauen.Management.Report 2017<sup>19</sup> der Arbeiterkammer nachweist. Dies zeigt sich in österreichischen Unternehmen bereits im mittleren Management: in den 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs sind nur 497 entsprechende Positionen weiblich besetzt (15,8 Prozent). In der Geschäftsführung sinkt der Frauenanteil auf 7,2 Prozent, in Aufsichtsräten, den Kontrollgremien der umsatzstärksten 200 Unternehmen liegt der Frauenanteil bei 18,1 Prozent. Die Repräsentanz von Frauen in den Führungsgremien der börsennotierten Unternehmen beträgt 3,9 Prozent.

*6. Jeder Mensch hat das Recht, Beruf und Kinder zu vereinbaren. Daher hat der Gesetzgeber für die Bereitstellung ganztägiger qualifizierter Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen zu sorgen. Tagesmütter sind auszubilden und arbeits- und sozialrechtlich abzusichern.*

Es gab deutliche Verbesserungen und große Investitionsprogramme im Bereich von Kinderbetreuung und Ganztageschulen, je nach Bundesland ist die Lage aber nach wie vor sehr unterschiedlich. Bei den Tageseltern sind noch immer die Länder zuständig, die Ausbildungen und Arbeitsbedingungen sind daher unterschiedlich. Es gibt noch immer keinen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz.

Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 1995 bis 2015<sup>20</sup> (Anteil der Kinder in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen ohne Berücksichtigung vorzeitig eingeschulter 5-jähriger Kinder ohne Hortbetreuung im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung):

0- bis 2-jährige Kinder	1995: 4,6%	2015: 25,5%
3- bis 5-jährige Kinder	1995: 70,6%	2015: 93%
6- bis 9-jährige Kinder	1995: 7%	2015: 16,5%

*7. Zwei Jahre Karenzgeld für alle AlleinerzieherInnen.*

Das einstige Karenzgeld lässt sich mit dem heutigen Kinderbetreuungsgeld nicht vergleichen, aber weiterhin ist es so, dass bei Alleinerziehenden in der Regel der für den 2. Elternteil reservierte Anspruch verfällt.

Fast die Hälfte der Alleinerziehenden lebt in Armut – die seit Jahren versprochene Reform zur Unterhaltssicherung bleibt die Regierung noch immer schuldig. Nach den Zahlen

der Statistik Austria aus dem Jahr 2015<sup>21</sup> gibt es 251.000 Alleinerzieherinnen und 45.000 Alleinerzieher. 101.000 Mütter leben mit Kindern unter 15 Jahren. Im Vergleich dazu gibt es 7.000 alleinerziehende Väter, die mit Kindern unter 15 Jahren in einem Haushalt leben.

Eine Befragung der Plattform für Alleinerziehende ergab, dass nur jede zweite Alleinerzieherin regelmäßig Kindes-Unterhalt vom Vater des Kindes erhält,<sup>22</sup> weshalb viele Frauen auf staatliche Unterhaltsvorschüsse angewiesen sind. Bis diese allerdings ausgezahlt werden, kann es nach der aktuellen gesetzlichen Regelung mitunter Jahre dauern. Die Tücken im Unterhaltsvorschussgesetz haben oft weitreichende Folgen für die ökonomische Situation von Alleinerziehenden und deren Kinder – viele rutschen in die Armut ab. Laut EU-SILC 2015 haben Ein-Eltern-Haushalte mit 42 Prozent die höchste Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.

*8. Gesetzlich garantierter Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit.*

Es gibt mittlerweile gesetzliche Elternteilzeit, allerdings nur für Beschäftigte, die in einem Betrieb mit mehr als 20 Beschäftigten arbeiten. Die Arbeiterkammer hat unlängst in einer Pressekonferenz die Diskriminierung von Frauen in Elternteilzeit aufgedeckt: Die Rückkehr in den Job führt viele Mütter ins berufliche Abseits. In der AK-Rechtsberatung wurde zwischen September und Dezember 2016 erhoben,<sup>23</sup> mit welchen Problemen sich junge Eltern – in erster Linie sind es Frauen – an die AK Wien wenden. Die Untersuchung zeigt: Benachteiligungen von Müttern kommen häufig vor, jeden Tag wird zumindest ein neuer Fall den AK-ExpertInnen bekannt gemacht. Die Probleme der Betroffenen reichen von Verschlechterungen des Arbeitsklimas über Zuweisung zu schlechteren Tätigkeiten bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes.

*9. Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit auf 26 Wochen.*

Diese beträgt unverändert vier Wochen.

Dazu eine kurze Geschichte zur früheren Karenzregelung: Im Jahr 1957 wurde in Österreich eine allerdings unbezahlte Karenzregelung beschlossen. Mütter hatten die Möglichkeit nach Ende des Mutterschutzes für maximal 6 Monate ihre

Erwerbstätigkeit zu unterbrechen. Die meisten berufstätigen Mütter konnten sich jedoch eine unbezahlte Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach dem Mutterschutz gar nicht leisten. Alleinerzieherinnen konnten davon praktisch gar keinen Gebrauch machen, weil sie arbeiten gehen mussten, um für sich und das Kind die Existenz zu sichern. Seit der Einführung der Karenzregelung 1957 fordern Frauen die Ausdehnung der Behaltefrist auf 26 Wochen.

(Im Jahr 1961 wurde der Karenzurlaub bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes ausgedehnt und für die Zeit der Erwerbsunterbrechung hatten verheiratete Mütter einen Anspruch auf die Höhe des halben Arbeitslosengeldes (damals mindestens 400 Schilling pro Monat) und überwiegend alleinerziehende Mütter hatten Anspruch auf das volle Arbeitslosengeld. 1974 wurde ein fixes monatliches Karenzurlaubsgeld von damals 2.000 Schilling für verheiratete Mütter beschlossen. Alleinstehende Frauen bekamen mit dieser Regelung ein um 50 Prozent erhöhtes Karenzgeld, das waren damals 3.000 Schilling. Außerdem wurde die Möglichkeit geschaffen, dass alleinstehende Mütter Sondernotstandshilfe bis zum dritten Lebensjahr des Kindes beziehen können (wenn für das Kind nach Ende der Karenzzeit kein zumutbarer Betreuungsort zur Verfügung stand). Im Zuge der »Konsolidierungspakete« 1995 wurde die Höhe des Karenzurlaubsgeldes (damals ca. 8.000,- Schilling) gekürzt und das erhöhte Karenzurlaubsgeld für alleinerziehende Eltern sowie Eltern mit sehr geringem Einkommen abgeschafft. Anstelle dieser Regelungen wurde ein rückzahlbarer Zuschuss von 2.500 Schilling pro Monat eingeführt – wobei Alleinerzieherinnen von der Rückzahlpflicht ausgenommen wurden. Sie mussten allerdings den Vater des Kindes angeben.)

*10. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Grundpension, die nicht unter dem Existenzminimum liegen darf. Wenn ein/e Lebenspartner/in nicht erwerbstätig ist, hat der/die andere dafür Pensionsbeiträge zu zahlen. Kindererziehung und Pflegearbeit wirken pensionserhöhend.*

Eine Pflicht für den/die PartnerIn Pensionsbeiträge zu zahlen gibt es nicht. Was es gibt, ist das Pensionsplitting: Teile des Pensionsanspruches können auf beide aufgeteilt werden. Das ist aber freiwillig und wird kaum in Anspruch genommen. Ansonsten werden Erziehungszeiten bis zu vier Jahren pro Kind für die Pensionsversicherung anerkannt.

Dramatisch aber wirkt sich die Pensions«reform» der

schwarz-blauen Koalition in den Jahren 2003/04 aus,<sup>24</sup> insbesondere die Verlängerung des Durchrechnungszeitraums auf eine de facto lebenslange Durchrechnung. In einer Untersuchung<sup>25</sup> hieß es: »Frauen mit niedrigem Einkommen in Kombination mit längeren Teilzeitphasen« sind die Verliererinnen der Pensionsreformen 2003/2004 – kurz gesagt: Frauen sind die Verliererinnen der Pensionsreform. Schon heute beträgt der Gender Pension Gap 53 Prozent. Nach Daten des Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger liegt der Median (50% verdienen weniger als...) der weiblichen Alterspension bei 872 Euro, jener der Männer bei 1.636 Euro.

*11. Keine weitere Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, bevor nicht die tatsächliche Gleichberechtigung in allen Bereichen gegeben ist.*

Die Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen kommt – ab 2024.

Der Global Gender Gap des World Economic Forum gibt Auskunft darüber, wie groß die Geschlechterdifferenz in Bezug auf wirtschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit, Bildung, Gesundheit und politische Partizipation in einem Land ist. Er vergleicht seit 2006 weltweit Länder in Hinblick auf Geschlechterdifferenzen in den jeweiligen Ländern, 2016 waren es 144 Länder. Lag unser Land im Jahr 2006 noch an 26. Stelle, 2007 an 27. und 2008 an 29. Stelle, so belegen wir 2016 nur noch den 52.(!) Rang. In der Kategorie »Wirtschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit« liegt Österreich 2016 auf dem 84. Platz. 144 Länder wurden 2016 verglichen, in der Unterkategorie »Einkommensgleichheit« belegt unser Land den 100. Platz. Soweit zur »tatsächlichen Gleichberechtigung in allen Bereichen«.



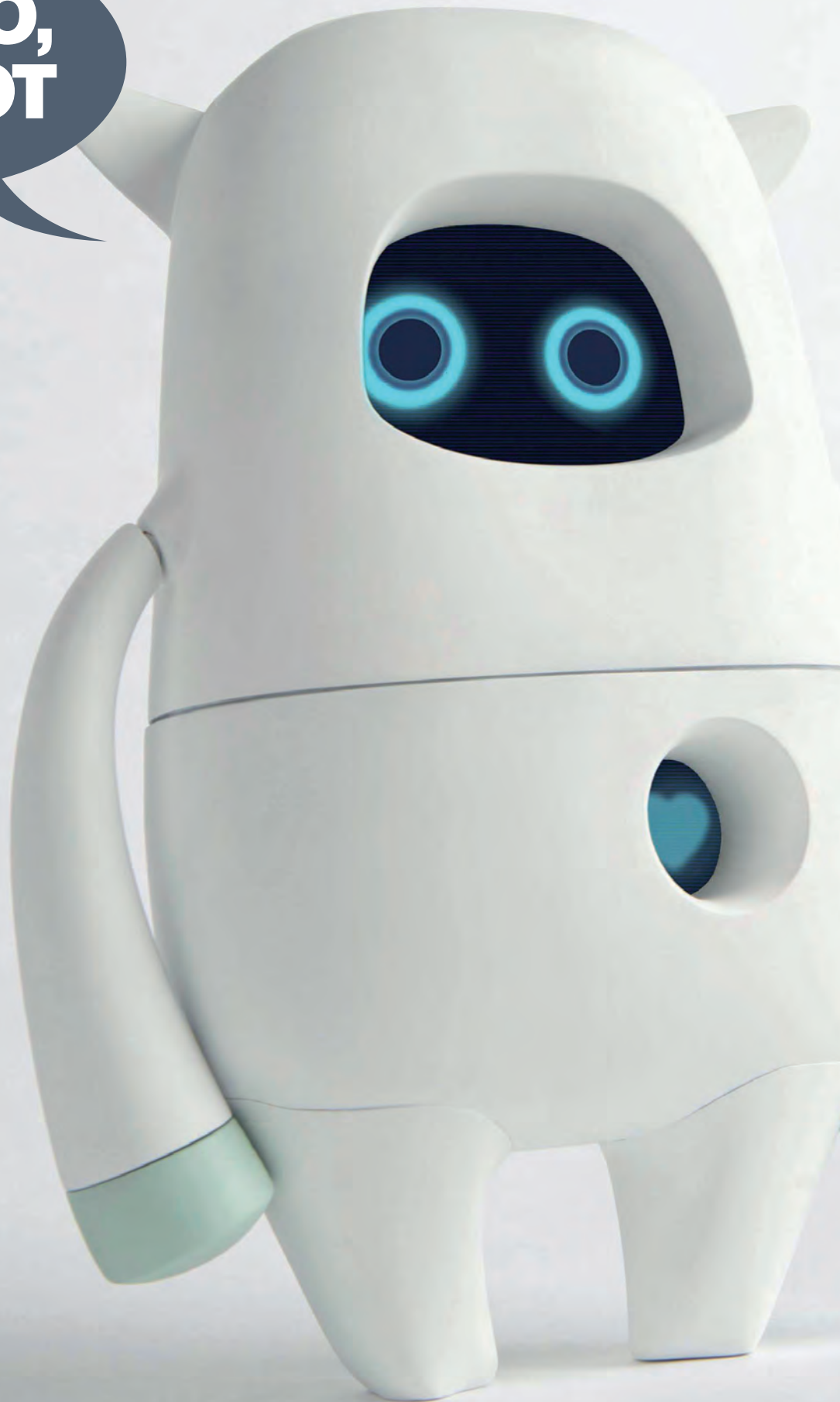
**SONJA ABLINGER**

war von 1996 bis 1999 und von 2006 bis 2013 Abgeordnete zum Nationalrat und ist seit 2015 Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

1. <http://frauenvolksbegehren.at/forderungen/>
2. <http://www.frauenring.at/frauenpolitik-im-wartesaal>
3. [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche\\_personen\\_einkommen/index.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html)
4. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/arbeitsmarkt/familie\\_und\\_arbeitsmarkt/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/familie_und_arbeitsmarkt/index.html)
5. [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/kindertagesheime\\_kinderbetreuung/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html)
6. <http://derstandard.at/2000053974966/Von-der-Babykarenz-aufs-Abstellgleis>
7. <http://derstandard.at/2000022427856/Alleinerziehende-Hausgemachte-Armut>
8. [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/gender-statistik/armutsgefahrderung/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/armutsgefahrderung/index.html)
9. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/gender-statistik/pensionen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/pensionen/index.html)
10. [https://de.wikipedia.org/wiki/Global\\_Gender\\_Gap\\_Report](https://de.wikipedia.org/wiki/Global_Gender_Gap_Report)
11. <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-report-2016/economies/#economy=AUT>
12. Q: STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuerdaten – Sozialstatistische Auswertungen. Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum Bruttojahreseinkommen der Männer. 1) Ohne Lehrlinge. 2) Inklusive Teilzeitbeschäftigte und nicht-ganzjährig Beschäftigte. Bruttojahresbezüge gemäß § 25 Einkommensteuergesetz.
13. Q: STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuerdaten – Sozialstatistische Auswertungen. Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum Bruttojahreseinkommen der Männer. 1) Ohne Lehrlinge.
14. Erwerbstätigkeit nach ILO-Konzept: Erwerbstätig sind Personen ab einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von mindestens einer Stunde. Bis 2003 Klassifikation Vollzeit/Teilzeit nach Stundengrenze (bis 35 Stunden), ab 2004 Selbstzuordnung.
15. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/weiterhin-ungerecht-die-partnerinnen-einkommensanrechnung-in-der-notstandshilfe/>
16. <http://www.tt.com/home/12902720-91/0%C3%B6.-ak-pr%C3%A4sident-kalliauer-fordert-1%C3%A4nger-geld-%C3%BCr-arbeitslose.csp>
17. [https://www.bmb.gv.at/frauen/gender/gender\\_index\\_2015.pdf](https://www.bmb.gv.at/frauen/gender/gender_index_2015.pdf)
18. [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/universitaeten\\_studium/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/universitaeten_studium/index.html)
19. [https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/frauen/Frauen\\_Management\\_Report.html](https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/frauen/Frauen_Management_Report.html)
20. [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/childerbetreuung/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/childerbetreuung/index.html)
21. [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bevoelkerung/haushalte\\_familien\\_lebensformen/familien/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/familien/index.html)
22. <http://derstandard.at/2000035913238/Fehlende-Lobby-fuer-Alleinerziehende>
23. [https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/familie/Kind\\_da\\_Job\\_weg.html](https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/familie/Kind_da_Job_weg.html)
24. [http://www.forba.at/data/downloads/file/914-Mairhuber\\_25Februar2014.pdf](http://www.forba.at/data/downloads/file/914-Mairhuber_25Februar2014.pdf)
25. <http://momentum-kongress.org/dvorak-ludwig-familienrechtliche-aspekte-von-sozialer-absicherung-und-armutsgefahrderung-von-frauen-in-osterreich>

**HELLO,  
ROBOT**

MAK





# Hello, Robot

## Design zwischen Mensch und Maschine

Eine Ausstellung des MAK, des Vitra Design  
Museums und des Design museum Gent

Der Einzug von intelligenten, selbstständig agierenden Maschinen in unseren Alltag ist längst mehr als fantastische Utopie. Als ein Herzstück der VIENNA BIENNALE 2017: Roboter. Arbeit. Unsere Zukunft lädt die umfassende Ausstellungskooperation Hello, Robot. Design zwischen Mensch und Maschine zur Begegnung mit der immer allgegenwärtigeren Spezies Roboter. Mehr als 200 Exponate aus Kunst, Design und Architektur sowie Beispiele aus Technologie, Film, Literatur, Mode, Wissenschaft und Populärkultur untersuchen den unaufhaltenden Hype intelligenter Maschinen und die entscheidende Rolle, die Design dabei spielt.

Teils lautlos und unsichtbar hat die Robotik, angetrieben von der Digitalen Moderne, bereits weite Teile unseres Lebens- und Arbeitsalltags grundlegend verändert. Die Beziehung des Menschen zu neuen Technologien ist dabei oft ambivalent. Als erste umfassende Ausstellung zu den Chancen und Herausforderungen rund um Robotik weitet Hello, Robot. Design zwischen Mensch und Maschine auch den Blick für die ethischen und politischen Fragen, die sich aus den enormen technologischen Fortschritten ergeben.

War Robotik früher eine Domäne von IngenieurInnen und ComputerexpertInnen, leisten DesignerInnen heute einen entscheidenden Gestaltungsbeitrag und überbrücken scheinbar unüberwindliche Differenzen. Die individuelle Annäherung an Roboter und künstliche Intelligenz changiert zwischen Begeisterung und Kritik, zwischen Utopie und Dystopie, zwischen der Hoffnung auf eine bessere, technisierte Welt und der Angst vor einer Entmündigung des Menschen. Drohnen, Algorithmen, intelligente Sensoren oder Industrie 4.0 geben Anlass zu Euphorie und Besorgnis gleichermaßen. Über die reine Gestaltung hinaus stellt sich Design der gesellschaftspolitischen Verantwortung und liefert konkrete Lösungen für einen human motivierten Einzug der Maschine in unser Leben.

MAK-Ausstellungshalle  
MAK, Stubenring 5, 1010 Wien  
[www.mak.at](http://www.mak.at)  
21. Juni – 1. Oktober 2017

# Frankreich im politischen Umbruch

**Gerhard Marchl über** den Wahlsieg von Emmanuel Macron, der nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass er für viele WählerInnen kein attraktiver Kandidat war, und die bevorstehenden Parlamentswahlen, bei der ein Absturz für Frankreichs SozialistInnen droht.

**D**as Votum der Französisinnen und Franzosen ist noch eindeutiger als erwartet ausgefallen. Emmanuel Macron, der nach eigenem Bekunden das politische System Frankreichs überwinden und neu gestalten möchte, wurde in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 7. Mai nahezu mit Zwei-Drittel-Mehrheit, genau genommen mit 66,1% der Stimmen, zum Nachfolger François Hollandes gewählt. Seine Kontrahentin, Marine Le Pen vom Front National, erhielt 33,9% der Stimmen. Damit fiel ihre Niederlage im Vergleich zu den Umfragen vor dem Urnengang noch deutlicher aus. Das veranschaulichen auch die absoluten Zahlen: Macron konnte 20,7 Millionen Stimmen auf sich vereinigen, Le Pen 10,6 Millionen.

## ZWEI FÜR VIELE UNATTRAKTIVE KANDIDATINNEN

Der hohe Sieg Macrons kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass er für viele WählerInnen entweder nur das kleinere Übel darstellte oder gar als ebenso unwählbar bzw. unattraktiv galt wie Le Pen. Dies verdeutlichen verschiedene Zahlen:

Zum einen war die Wahlbeteiligung mit 74,56% äußerst gering. Ein derart niedriger Wert wurde bei einem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen seit 1969 nicht mehr erreicht. Besonders groß war die Wahlenthaltung in den Überseedepartments sowie auf Korsika.

Zweitens waren über 8% der abgegebenen Stimmen weiß (vote blanc), d.h. dass sich im Wahlkuvert keiner der beiden Stimmzettel (entweder für Macron oder Le Pen) oder ein leerer, selbstfabrizierter Stimmzettel befand. Darüber hinaus waren beinahe 3% der Stimmen ungültig (vote nul), d.h. dass sich ein verunstalteter Stimmzettel oder mehrere Stimmzettel im Kuvert befanden. Insgesamt waren also über 11% der abgege-

« [...] le défi est de décider de rompre jusqu'au bout avec le système qui a été incapable de répondre aux problèmes de notre pays depuis plus de trente ans. »

„[...] die Herausforderung besteht darin, sich endgültig für den Bruch mit jenem System zu entscheiden, das seit mehr als dreißig Jahren nicht imstande ist, die Probleme unseres Landes zu lösen.“

Emmanuel Macron am 23. April 2017 nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen.

Quelle: <https://en-marche.fr/article/declaration-emmanuel-macron-23-avril-2017>; Übersetzung des Autors

benen Stimmen weder für Macron noch für Le Pen zu zählen. In Summe ergibt sich folgendes Bild: Nur etwa 31,4 Millionen der insgesamt 47,5 Millionen Wahlberechtigten, das sind wiederum nicht ganz zwei Drittel, gaben in der Stichwahl eine gültige Stimme ab.

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, wie sich die WählerInnen der ausgeschiedenen KandidatInnen der ersten Runde verhalten haben. Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstitutes Ipsos blieb fast ein Drittel der WählerInnen des konservativen François Fillon zu Hause (17%) oder wählte weiß/ungültig (15%). Von den UnterstützerInnen des Linksaußen-Kandidaten Jean-Luc Mélenchon waren es in Summe sogar 41% (24% blieben zu Hause, 17% wählten weiß/ungültig). Der höchste Wert wurde überraschenderweise beim konservativen und euroskeptischen Nicolas Dupont-Aignan ermittelt: 43% seiner WählerInnen blieben den Wahlurnen fern (23%) oder warfen eine weiße oder ungültige Stimme hinein (20%). Dass er von Marine Le Pen als ihr Kandidat für den Posten des Premierministers genannt worden war, scheint ein großer Teil seiner Gefolgschaft nicht goutiert

zu haben. Die wenigsten Nicht- bzw. WeißwählerInnen waren unter den AnhängerInnen des Sozialisten Benoît Hamon zu finden (17% Enthaltung, 10% weiß).

Was waren die Motive jener, die zu Hause blieben oder weiß oder ungültig wählten? Fast 60% der NichtwählerInnen lehnten beide KandidatInnen ab beziehungsweise gaben an, dass diese nicht ihren Vorstellungen entsprächen. Bei jenen, die ungültig wählten, stieg dieser Wert auf 90%.

Dass der nunmehrige Präsident nicht aufgrund seiner Persönlichkeit derart hoch gewann, zeigen die Wahlmotive seiner WählerInnen. Zu 43% ging es ihnen vor allem darum, Marine Le Pen zu verhindern. Nur für 33% war die Erneuerung, die er verkörpert, das Hauptmotiv; sein Programm oder seine Persönlichkeit waren es noch viel weniger.

## ERGEBNISSE IM DETAIL: ERHEBLICHE REGIONALE UNTERSCHIEDE

In allen 18 Regionen Frankreichs lag Emmanuel Macron vorne. Dennoch fielen die Resultate höchst unterschiedlich aus. Die höchste Zustimmung erfuhr der nunmehrige Präsident mit 78,7% in der Ile-De-France, also der Großregion rund um Paris. In der Hauptstadt selbst waren es fast 90% der Stimmen, die Macron auf sich vereinigen konnte.

Am niedrigsten war der Zuspruch für Macron auf Korsika mit etwas über 51%. Weit unter der Zwei-Drittel-Mehrheit war die Zustimmung auch in den Regionen Hauts-de-France (knapp 53%), Mayotte (57%), Provence-Alpes-Côte d'Azur (55%) und Grand Est (knapp 58%). Überdurchschnittlich hoch waren die Ergebnisse für Macron in der Bretagne mit über 75%, auf Guadeloupe (75%), im Pays de la Loire (72%) und in der Nouvelle-Aquitaine im Südwesten des Landes (ca. 69%).

Auf Ebene der 101 Départements konnte die Kandidatin des Front National zwei für sich gewinnen: im Département Aisne erhielt sie knapp 53% Zustimmung, im Pas-de-Calais waren es ca. 52%. Beide Départements liegen in der Region Haut-de-France im Norden des Landes und sind von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Schon seit geraumer Zeit gilt diese Region als eines der Kerngebiete des Front National. Daher erstaunt es nicht, dass Le Pen hier in einigen Orten und Städten sehr deutliche Mehrheiten für sich verbuchen konnte. Hier sticht besonders die Stadt Hénin-Beaumont hervor, wo Steeve Briois, der geschäftsführende Vor-

sitzende des Front National, als Bürgermeister amtiert. Le Pen sicherte sich dort eine Mehrheit von über 61%.

Auch für die zweite landesweite Hochburg des Front National, die bereits genannte Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, ist zu beobachten, dass die extreme Rechte in jenen Orten und Städten besonders erfolgreich war, wo die Partei bereits bei früheren Wahlgängen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte. Dementsprechend wählte die Küstenstadt Fréjus, die größte Gemeinde, die vom FN beherrscht wird, mit Mehrheit für Le Pen.

Ähnlich wie bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich 2016 fallen auch in Frankreich große Unterschiede im Wahlverhalten der großen Städte und der eher ländlich geprägten Gemeinden auf. Der Erdrutschsieg Macrons in Paris wurde bereits erwähnt. Hohe Zustimmungsraten erzielte er auch in Lyon, der drittgrößten Stadt des Landes, mit 84% sowie in Rennes (88%), Nantes (86%), Bordeaux (knapp 86%) und Toulouse (82%). Unterdurchschnittlich war die Zustimmung mit 64% in Marseille, der zweitgrößten Stadt des Landes, die von großen sozialen Problemen betroffen ist. In Nizza, der Stadt, die am 14. Juli 2016 von einem schweren Terroranschlag getroffen wurde, fiel der Sieg Macrons mit 60% ebenfalls geringer aus. Im umliegenden Département war der Zuspruch aber noch niedriger.

Angesichts der Tatsache, dass in Frankreich, vor allem im Süden, viele Großstädte Viertel aufweisen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind (Marseille, Nîmes, Béziers, Montpellier und Lille im Norden), stellt sich die Frage, wie hier die beiden Durchgänge der Präsidentschaftswahlen verlaufen sind. Im ersten Wahlgang erzielte Mélenchon in diesen Städten bzw. den betreffenden Stadtteilen besonders gute Werte. Im zweiten Wahlgang erhielt Macron im bereits genannten Marseille auch in den besonders problembehafteten Vierteln eine klare, wenn auch weniger ausgeprägte Mehrheit. In Nîmes waren es 65%, in Montpellier gar 77%, in Béziers nur 53% und in Lille, dessen Umgebung wie bereits erwähnt als Hochburg des Front National gilt, über 78%.

Als Brennpunkte sozialer Konflikte, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Ausgrenzung gelten bekanntlich auch einige der Vorstädte von Paris und Lyon, die sogenannte Banlieue. Auch dort war zu beobachten, dass die WählerInnen in der ersten Runde überdurchschnittlich für Mélenchon votierten, der zum Teil über 40% erhielt. In der Stichwahl war es dann Ma-

cron, der hier haushoch gewann. Als Beispiel sei die problem-behaftete Stadt Aubervilliers nördlich von Paris angeführt, wo Mélenchon zunächst über 41 % Zustimmung errang und dann Macron über 81 % der Stimmen erhielt. Es sei jedoch hinzugefügt, dass in vielen dieser Gemeinden die Wahlbeteiligung gerade in der Stichwahl unter dem Durchschnitt lag. Dass Le Pen hier trotz der sozialen Schieflage nicht übermäßig erfolgreich war, hängt wohl auch damit zusammen, dass für Personen mit Migrationshintergrund der Front national vielfach als unwählbar gilt.

Hingegen war in anderen Regionen Frankreichs, in denen die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist (Hauts-de-France, Occitanie, Provence-Alpes-Côte d'Azur und Korsika), die Zustimmung für Le Pen überdurchschnittlich hoch. Besonders in Ortschaften, die von Deindustrialisierung und Werksschließungen betroffen sind, erreichte Le Pen besonders viel Zuspruch.

Daher stellt sich nun die Frage, wie einzelne WählerInnengruppen (Arbeitslose, ArbeiterInnen, Selbständige, Männer, Frauen usw.) abgestimmt haben.

### UNTERSCHIEDLICHES STIMMVERHALTEN DER WÄHLERINNENGRUPPEN

Aus der Studie von Ipsos geht hervor, dass Arbeitslose nur zu 53 % für Macron stimmten. Zudem war unter ihnen der Anteil der Nicht- und WeißwählerInnen mit 35 % besonders hoch.

Was den beruflichen Hintergrund der WählerInnen betrifft, war das Wahlverhalten höchst unterschiedlich: 74 % der PensionistInnen stimmten für Macron, bei Beschäftigten in Führungspositionen waren es 82 %, bei Angestellten 54 %, und bei ArbeiterInnen gar nur 44 %; hier erzielte also Le Pen eine klare Mehrheit.

Ebenso unterschiedlich war das Verhalten der WählerInnen vor dem Hintergrund ihrer Ausbildung. Bei Personen ohne Baccalauréat (Matura) war Macron unterdurchschnittlich erfolgreich, bei AkademikerInnen erzielte er die höchsten Werte.

Ganz ähnlich war das Wahlverhalten vor dem Hintergrund des Einkommens der WählerInnen: Je höher das Einkommen, umso höher war auch die Wahrscheinlichkeit, dass die betreffende Person für Macron stimmte. Umgekehrt wählten jene Personen, die ihre finanzielle Lage als sehr schwierig einstu-

fen, mit fast 70 % Mehrheit Le Pen. Ebenso wurde ermittelt, dass Le Pen überdurchschnittlich bei jenen punkten konnte, die die Zukunft für die junge Generation pessimistisch sehen.

Frauen stimmten zu 68 % für Macron, Männer nur zu 62 %. Hinsichtlich der verschiedenen Altersgruppen waren es vor allem die Jungen (bis 24) und die über 60-Jährigen, die überdurchschnittlich für den neuen Präsidenten votierten.

### DIE BEVORSTEHENDEN WAHLEN ZUR NATIONALVERSAMMLUNG

Die große Frage ist nun, was Macron und seine Bewegung von ihren Konzepten und Zielen tatsächlich umsetzen können. Entscheidend werden hier die Wahlen zur Nationalversammlung am 11. und 18. Juni sein. Nur wenn La République en Marche, wie sich die Bewegung nun nennt, eine absolute Mehrheit in der 577 Sitze umfassenden Parlamentskammer erreichen kann, wird Macron die Geschicke seiner Präsidentschaft im Wesentlichen selbst bestimmen können. Muss seine Bewegung jedoch eine Koalition eingehen oder sieht sich Macron gar einer rechts (oder unwahrscheinlich: links) geprägten Nationalversammlung und somit auch Regierung gegenüber, dann wird sich der Präsident gerade bei innenpolitischen Themen wenig(er) durchsetzen können. Eine derartige Cohabitation – so wird jene Situation in Frankreich genannt, bei der Staatsoberhaupt und die stärkste Fraktion im Parlament zwei entgegengesetzten politischen Lagern angehören – könnte frustrierend für den Präsidenten, aber auch für die Bevölkerung sein.

La République en Marche stellte am 11. Mai eine erste Liste an KandidatInnen vor: 214 Frauen, 214 Männer, viele davon gänzlich neu in der Politik. Noch gibt es also nicht für alle Wahlkreise eine/n Kandidatin/Kandidaten. Manuel Valls, der ehemalige Premierminister aus den Reihen des Parti Socialiste, der zu Macrons Bewegung wechseln wollte, scheint nicht auf der Liste auf. La République en Marche wird in Valls' Wahlkreis jedoch keinen Gegenkandidaten aufstellen.

Dass Macron eine Mehrheit in der Nationalversammlung erringt, halten laut einer Befragung von OpinionWay nur 30 % der Franzosen/Französinen für (eher) wahrscheinlich. 54 % halten es (eher) für ausgeschlossen. Darüber hinaus hält, wie Ipsos ermittelte, eine Mehrheit der Bevölkerung eine Parlamentsmehrheit für Macron nicht für wünschenswert: 39 % der Befragten befürworten (eher) eine Mehrheit, 61 % sind (eher) dagegen. Wenig überraschend äußern sich zu diesem Zeitpunkt WählerInnen Le Pens, aber auch jene, die im ersten



Wahlgang Fillon oder Mélenchon ihre Stimme gegeben hatten, überdurchschnittlich negativ. Macron-WählerInnen, aber auch Personen, die Zentrumsparteien wie MoDem (Mouvement démocrate) oder dem Parti Socialiste nahe stehen, würden es viel eher befürworten, dass sich Macron auf eine absolute Mehrheit der Abgeordneten stützen kann.

Zugutekommen könnte Macron das Mehrheitswahlrecht, das bei den Wahlen zur Nationalversammlung angewendet wird. Das Land ist in 577 Wahlkreise unterteilt, in denen jeweils ein/e Abgeordnete/r gewählt wird. In einem ersten Wahlgang (am 11. Juni) muss die absolute Mehrheit erreicht werden, um ins Parlament einzuziehen zu können. Wer mehr als 12,5% der Stimmen erreicht, hat sich für den zweiten Wahlgang, also die Stichwahl (am 18. Juni) qualifiziert. Sollte kein/e oder nur ein/e Kandidat/in diese Schwelle erreichen, kommen die beiden bestplatzierten KandidatInnen in die Stichwahl. In dieser genügt, auch bei mehr als zwei AnwärterInnen, die einfache Mehrheit für den Einzug in die Nationalversammlung.

Um die eigenen Chancen zu erhöhen bzw. um die Wahl bestimmter KandidatInnen zu verhindern, sind Listenverbindungen üblich, die in der Regel landesweit gebildet werden. Nach der ersten Runde ist es zudem Usus, dass KandidatInnen, obwohl sie für die Stichwahl qualifiziert sind, auf ihr Antreten verzichten, um die Wahl bestimmter GegenkandidatInnen zu verhindern oder die Wahl nahestehender KandidatInnen zu ermöglichen. So war es vor allem in den 2000er Jahren für die Linke und die Rechte im Rahmen des sogenannten »Front républicain« ein Anliegen, die Wahl von KandidatInnen des Front national zu verhindern. Je nach Ausgangslage im Wahlkreis zog sich entweder der/die sozialistische oder konservative KandidatIn jeweils zugunsten der/des anderen zurück und rief dazu auf, jedenfalls gegen den Front national zu stimmen. Dadurch gelang es, dass dieser kaum Abgeordnete in der Nationalversammlung stellen konnte. Bei den letzten Urnengängen auf nationaler und regionaler Ebene bröckelte diese republikanische Front bereits, da vor allem die Republikaner sich weigerten, eine Wahlempfehlung für eine/n Sozialistin/Sozialisten auszugeben. Dennoch konnte der Front national bei den letzten Wahlen 2012 nur zwei Abgeordnetensitze für sich verbuchen. Dies wird sich aller Voraussicht nach im Juni ändern.

Zum Ausgang der Parlamentswahlen gibt es bisher nur einige wenige Umfragen, die noch wenig zuverlässig sind, da

sich erst in diesen Tagen die Listenbündnisse formieren und die KandidatInnenlisten veröffentlicht werden. Dennoch lohnt bereits heute ein Blick auf die ersten Umfragen:

Das Institut Kantar TNS ermittelte in einer Studie vom 7. Mai die möglichen Stimmenanteile bei der ersten Runde der Parlamentswahlen: 24% würden für La République en Marche und MoDem stimmen. Knapp dahinter würden Les Républicains-UDI mit 22% und der Front national mit 21% landen. Die KandidatInnen von France insoumise würden 15% der Stimmen erhalten, der Parti Socialiste nur 9%.


Dass die Sitzverteilung in der Nationalversammlung ganz anders aussehen könnte, liegt am erwähnten Mehrheitswahlrecht. Es zeigt sich, dass La République en Marche durchaus Chancen eingeräumt werden können, eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu erringen, auch wenn es die WählerInnen mehrheitlich gar nicht als wünschenswert erachten. Gemäß einer Studie von OpinionWay und SLPV analytics vom 3. Mai könnten 249 bis 286 der insgesamt 577 Sitze an die Bewegung Macrons gehen. Zweitstärkste Kraft wären demnach die konservativen Republikaner (Les Républicains) mit 200 bis 210 Mandaten. Der PS käme dank seiner Hochburgen auf bis zu 42 Mandate, was aber im Vergleich zu den derzeit 272 Sitzen einem regelrechten Absturz gleichkommt. France insoumise von Mélenchon auf höchstens acht Sitze. Der Front national hingegen würde mit 15 bis 25 Abgeordneten eine auch im Parlament ernstzunehmende Kraft werden.

## AUSBLICK

Angesichts der Umfragen ist aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass die Wahlen zur Nationalversammlung die politischen Umbrüche in Frankreich, die mit dem Wahlsieg Emmanuel Macrons einen ersten Höhepunkt erreichten, weiterführen werden. Macrons Bewegung könnte in den nächsten fünf Jahren mit absoluter Mehrheit regieren. Das bipolare politische System Links gegen Rechts wäre damit (vorerst) außer Kraft gesetzt. Dies entspricht auch durchaus einer Grundstimmung in der Bevölkerung: 63% der Franzosen/Französinen haben weder in die Linke noch in die Rechte Vertrauen.

Die klassische Linke steht vor einem Scherbenhaufen und einer äußerst schwierigen Periode. Die Präsidentschaft Hollandes wird von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung als verlorene Zeit wahrgenommen. Bei den Parlamentswahlen dürfte, wie angeführt, die Linke zerrieben werden. Die gemäßigt linke WählerInnenschaft hat sich vor-

erst zu einem erklecklichen Teil Macron und seiner Bewegung angeschlossen. Zudem haben bisher 24 PS-PolitikerInnen die Seiten gewechselt oder haben sich wie der bereits genannte ehemalige Premierminister Valls dazu bereit erklärt. Es bleibt abzuwarten, wie viele weitere folgen werden und ob es zu einer großflächigen Absetzbewegung vom PS hin zu La République en Marche kommen wird. Es stellt sich aber auch die Frage, ob Macrons Bewegung Interesse an möglichen weiteren PS-Abtrünnigen hat. France insoumise dürfte, obwohl derzeit prozentmäßig stärker als der PS einzuschätzen, keine starke parlamentarische Oppositionsrolle einnehmen können.

Vorerst also scheint Macrons Vorhaben, das politische System Frankreichs umzuwälzen, aufzugehen. Ob er auch Frankreich aus einer gewissen Starre herausholen und das Land sich unter seiner Präsidentschaft zu den nötigen Reformen durchringen kann, bleibt freilich abzuwarten. Ebenso spannend zu beobachten wird sein, wie er und seine Bewegung sich in den kommenden Jahren tatsächlich positionieren werden. Wird La République en marche dauerhaft den Parti Socialiste ablösen können? 

### GERHARD MARCHL

ist Mitarbeiter des Dr.-Karl-Renner-Instituts.  
Der Beitrag erschien in der digitalen RI-Reihe  
»Politik Aktuell«

---

## WEITERFÜHRENDE LINKS

Gerhard Marchl, Analyse des Programms von Macron und seiner Bewegung En Marche: <https://kontrast-blog.at/analyse-das-hat-emmanuel-macron-in-frankreich-vor/>

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen auf der Seite des französischen Innenministeriums: <http://elections.interieur.gouv.fr/presidentielle-2017/index.html>

IPSOS – Umfragen und Wählerstromanalysen: <http://www.ipsos.fr/presidentielle2017/>

Nachwahl-Befragung von OpinionWay: <http://opinionlab.opinion-way.com/opinionlab/847/642/les-resultats.html>

Insee-Statistik zu Einkommen, Armut und Lebensunterhalt, 2013: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2673683#consulter>

Insee-Statistik zur Arbeitslosenrate im 4. Quartal 2016 nach Regionen: [https://www.insee.fr/fr/statistiques/2012804#tab\\_1=2](https://www.insee.fr/fr/statistiques/2012804#tab_1=2)

Studie von OpinionWay und SLPV analytics vom 3. Mai für Les Échos und Radio Classique zu den bevorstehenden Parlamentswahlen: <https://www.lesechos.fr/elections/legislatives-2017/0212035461141-sondage-en-marche-donne-gagnant-des-legislatives-2084198.php>

Umfrage von Kantar TNS vom 7. Mai zu den bevorstehenden Parlamentswahlen: <http://fr.kantar.com/elections/legislatives/2017/les-francais-et-les-elections-legislatives-2017/>

**HELLO,  
ROBOT**  
MAK



# Rückkehr nach Wien

**Auch wenn ein** Wahlsieg von Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen verhindert werden konnte, stellte allein ihr Einzug in die Stichwahl einen Schock dar. Muna Duzdar hat in ihrem Studien- und Arbeitsleben in Frankreich das politische System und die sozialen Widersprüche des Landes kennen gelernt und zeichnet nach, welche Ursachen die gegen Eliten gerichtete Stimmung hat.

**D**as Ergebnis des ersten Wahlgangs der französischen Präsidentschaftswahlen ließ nur noch zwei Optionen offen (von denen eine natürlich keine ist): der »sozialliberale«, parteiunabhängige Emmanuel Macron und Marine Le Pen. Die anfängliche Erleichterung in den europäischen Nachbarländern, dass »die Stimme Europas gesiegt hat«, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir seit vielen Jahren einen stetigen Aufstieg des Front National verzeichnen. Wenn ca. 7,5 Millionen Menschen in Frankreich eine rechtsextreme Partei wie den Front National wählen, dann sollte das mehr als nur ein berechtigter Grund zur Sorge sein. Aber was hat diesen stetigen Aufstieg einer rechtsextremen Partei ermöglicht? Die französischen Sozialisten haben einen historischen Tiefstand erlebt, manch einer oder eine wird mit Sicherheit die Ursache beim Kandidaten Benoît Hamon sehen. Das wäre meines Erachtens eine Verknüpfung der Tatsachen und des Umstandes, dass die Sozialisten in der Regierungsverantwortung aus verschiedensten Gründen nicht in der Lage waren, die Folgen der Wirtschaftskrise für die Bevölkerung abzufedern. Die soziale Kluft in Frankreich hat sich nochmals vergrößert.

## EUROPAS FEHLENDER KURSWECHSEL

Die Initiative für eine neue europäische Investitionspolitik die Hollande und sein italienischer Kollege Matteo Renzi anfangs einforderten, ist an den großen Widerständen im Rat schnell gescheitert und auch fast 10 Jahre nach Beginn der Wirtschaftskrise ist kein politisches Umdenken absehbar. Hier zeigt sich, dass es gesamteuropäische Bemühungen braucht, um Arbeitslosigkeit und Armut europaweit zu bekämpfen. Im de-industrialisierten Norden Frankreichs entstehen neue Front-National-Hochburgen, die eindeutig ein Ergebnis der

Krise gesehen werden müssen. Kurzfristig reichen Emmanuel Macrons Antworten in Form einer frischen, unverbrauchten Bewegung hoffentlich, um diese Widersprüche zu überbrücken. Seine bisher bekannten Politikentwürfe werden aber wohl nicht für eine langfristige Beendigung der Krisendynamik sorgen und die Lebensverhältnisse verbessern. Neu zu sein – zumindest vorgeblich – ist noch kein Programm.

Wie dramatisch die politische Stimmungslage bereits ist, zeigte sich für mich vor dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen: Als 2002 der Vater von Marine Le Pen, Jean-Marie Le Pen, überraschend gegen Jaques Chirac in die Stichwahl kam, marschierten hunderttausende Franzosen und Französinnen mit den Gewerkschaften gegen den Neofaschisten. Diese Massenbewegung fehlt heute, obwohl es klar sein muss: Marine Le Pen darf nicht gewinnen. Hier ist zu sehen, dass die Zuspitzung der sozialen Verhältnisse in den letzten 15 Jahren sich politisch katastrophal auswirkt. Die Gründe für diese Entwicklungen, die dazu geführt haben, dass wieder der Name Le Pen am Stimmzettel einer Stichwahl steht, kann ich durch meine eigenen Erlebnisse erläutern.

## DIE SOZIALE UND POLITISCHE KLUFT

Zwischen März 2005 und September 2006 habe ich im Herzen Frankreichs Frankreich, in Paris gelebt, studiert und gearbeitet. Die Schwierigkeiten, denen ich damals begegnet bin, habe ich anfangs darauf zurückgeführt, dass ich neu dort war, die Sprache noch nicht gut beherrschte, kurz gesagt, noch eine Fremde in einem neuen Land war. Erst mit der Zeit verstand ich, dass ich falsch lag, denn viele dieser Schwierigkeiten waren Phänomene, mit denen der Großteil der Bevölkerung zu kämpfen hatte. Die sozialen Gegensätze und Konflikte wa-

ren enorm spürbar. Paris war für mich eine Stadt, in der neben schönen Bauten, Spannung in der Luft lag. Auf vielen öffentlichen Gebäuden waren die Prinzipien der französischen Revolution affiziert, »Liberté, Égalité, Fraternité« war überall zu lesen, aber in meinem persönlichen Empfinden nahm ich Ungleichheit und Ungerechtigkeit wahr. Mein Vergleichsmaßstab war natürlich mein Land und meine Stadt, in der ich immer gelebt hatte, nämlich Wien.

### DREI MOMENTAUFNAHMEN

Drei Momentaufnahmen meines Lebens in Frankreich, indem ich in kurzer Zeit soviel erlebt habe, haben mir die Ungerechtigkeit vor Augen geführt. Ich habe eine kurze Zeit am Boulevard Raspail gewohnt, in einem »Chambre de Bonne«, einem sogenanntem Dienstbotenzimmer mit 9 m<sup>2</sup> und habe dafür schon damals 40 Euro pro m<sup>2</sup> gezahlt. Dass diese Art von Kammern an Dachböden noch existierten, hat mich verwundert. Zwar gab es die ja Anfang des 19. Jahrhundert auch in den bürgerlichen Wohnhäusern in Wien, aber hier gehörten diese eben schon längst der Vergangenheit an.

Die Ungerechtigkeit verstand ich erst in ihrer ganzen Dimension, als ich merkte, dass meine Vermieterin im selben Haus wohnte und in einer Wohnung mit 300 m<sup>2</sup> residierte. Wie konnte die Verteilung des Wohnraumes so ungleich sein in ein und demselben Haus? Ich hielt es dort auch wegen des Ungeziefers nicht lange aus. Nach mühevoller Suche fand ich dann eine Wohngelegenheit in einer »HLM-Wohnung«, einer Gemeindeförderung, in Les Lilas. Ein alleinerziehender Vater mit seinem Sohnes hatte ein Zimmer in seiner Wohnung zu vermieten. Ich bezahlte meine Miete für das Zimmer und lebte mit fremden Menschen in einer Wohnung. Es war auch für mich eine neue Erfahrung. Der Vater erzählte mir, dass er sich mit den Mieteinnahmen nun endlich wieder Fleisch kaufen könne. Ich war schockiert, in meiner Vorstellung war doch Frankreich das Land des guten Essens. Aber meine Gastfamilie konnte sich oft nur Konservendosen leisten.

Ich habe die sogenannte Mittelschicht kennengelernt, insbesondere LehrerInnen. Die meisten wohnten außerhalb von Paris, weil sie sich das Wohnen in Paris nicht leisten konnten und die, die in Paris wohnten, wohnten für unsere österreichischen Verhältnisse in verdammt kleinen und wirklich schlechten Wohnungen. Das Thema Wohnen hat mich in Paris sehr beschäftigt, weil ich als Studentin auch in der Mietervereinigung gearbeitet hatte und daher mit dem österreichischen Mieterschutz vertraut war. Ich wusste daher, dass unsere

Mieten in Österreich zu einem überwiegenden Teil reguliert sind und Mietobergrenzen bestehen. In Frankreich wurde zu dem Zeitpunkt, als ich dort lebte, kurz öffentlich diskutiert, ob 4 m<sup>2</sup> auch noch als Mietobjekt vermietet werden könne. Das ist zum Glück nie Realität geworden, aber allein die Tatsache, dass über solche Ideen diskutiert werden konnte, schockierte mich. Ich bin in den anderthalb Jahren fünfmal umgezogen, auf der Suche nach einer besseren Wohnsituation.

Das gleiche galt aber auch im Bereich der Arbeit. In Frankreich kam es mir wie ein Privileg vor, einen typischen Vollzeitjob zu haben. Man wird fast schon gierig beneidet dafür. Und so ein bisschen klingt der Neid oftmals durch, die haben es geschafft und kommen sicher aus dem geschützten Sektor und konnten es sich richten. Um einen solchen richtigen Job zu ergattern, muss man als junger Mensch zuerst einmal viele Jahre des Prekariat hinter sich bringen, und zwar nicht mit einem einmaligen Praktikum dem »stage«, sondern mit vielen und das möglicherweise jahrelang um den Lebenslauf zu füllen. Die Zeit, die ich in Frankreich gelebt habe, war noch lange vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die weiteren sozialen Veränderungen im Zuge der Krise sind für mich nicht vorstellbar.

Die Situation in den Vororten von Paris, den Banlieues, war 2005 am Kippen. Als ich als Fremdsprachenassistentin für Deutsch ein ganzes Jahr in den Schulen in den Vororten zu unterrichten begann, brannten dort die Autos, es kam zu Aufständen derer, die Nicolas Sarkozy abfällig »racaille« (Gesindel) nannte. Ich sah diese Vororte und war erschüttert darüber, wie wenig wirkliche soziale Infrastruktur dort bestand. Eine Schule – umgeben von hässlichen Bauten, das war's. Mehr gab es dort nicht. Die Pariser Innenstadt mit den wunderschönen Prachtstraßen ist von dort unendlich weit entfernt. Die SchülerInnen konnten sich oft die Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel nicht leisten. Außer einigen sehr engagierten und motivierten LehrerInnen herrschte Tristesse.

Dieses subjektive Gesamtbild, löste bei mir viele Fragen aus. Ich erlebte viel Positives in Frankreich: Die Gespräche, die politische Diskussion, das Philosophieren, überall wo man hinkam, wurde politisiert, philosophiert, über Literatur gesprochen. Die Diskussionskultur, die Wichtigkeit von gutem Essen waren ständige Themen. Auf der anderen Seite standen die schwierigen Wohn-, Arbeits- und sozialen Bedingungen; jeden Tag Stunden im RER oder in der Metro sitzen, um ans Ziel zu gelangen und das Wegschauen bei den Problemen an-

derer. Die meisten sprachen auch gar nicht über ihre Lebenssituation und ihre Lebensbedingungen. Wenn ich anfang mich zu beklagen, wollte man mir nicht zuhören. Erst später verstand ich, dass man nicht an die eigene Situation erinnert werden wollte.

### EINE PARTEI DER ELITE

Und dann lernte ich die Parti Socialiste ein bisschen von innen kennen. In beiden Sommern, arbeitete ich als Sekretariatskraft zur Vorbereitung der Sommeruniversität La Rochelle. Wenn man davon absah, dass sich die GenossInnen über meinen österreichischen Akzent ein wenig amüsierten, wurde ich sehr nett behandelt und gewann viele Einblicke in das Leben der Partei. Ich verstand nach kurzer Zeit, dass es mehrere politische Flügel in der Partei gab und selbst die Angestellten der Partei den Strömungen zugeordnet waren, die immer durch eine Person an der Spitze definiert wurden.

Wenn ich aber die Zentrale verließ, war die Parti Socialiste sowie alle anderen politischen Parteien im täglichen Leben nicht sichtbar, kein Partei- oder Sektionslokal war in ganz Paris zu sehen, nirgendwo. Ich verstand auch, dass politische Parteien in Frankreich auch nicht mehr über eine breite Basis verfügten, sie haben alle wenige Mitglieder und sind keine Mitgliederbewegungen, sie sind auch nicht niederschwellig zugänglich. Hätte ich nicht über die internationalen Verbände den Kontakt zu den jungen SozialistInnen Frankreichs gehabt, hätte ich niemals den Weg in die ps geschafft. Letztlich bin ich auch nicht politisch aktiv geworden, weil es gar keine Möglichkeit dafür gab. In Wien war ich in die Sozialistische Jugend und dann in die Sozialdemokratie gekommen. Ich war nicht mehr das Migrantenkind, ich war die Muna. Diese Möglichkeiten fehlten mir in Paris. Was mich nach Frankreich führte, war so wie bei vielen, die eine Frankophilie entwickeln, Simone de Beauvoir und Jean Paul Sarte, die linken PhilosophInnenen. Diese romantische Vorstellung von Paris als Ort des linken und intellektuellen Austauschs. Ins berühmte Café de Flore habe ich es aber nie hinein geschafft. Oftmals stand ich davor, aber ich habe mich nicht reingetraut. Der Kaffee kostete zehn Euro.

Ich kann aus meinen Erfahrungen nur selbst bestätigen: Das politische Parteiensystem in Frankreich ist ein Parteiensystem für die Eliten der Gesellschaft und nicht für die breite Bevölkerung. Alle wichtigen PolitikerInnen in Frankreich sind AbsolventInnen von Elite Hochschulen. Um in eine hohe Funktionärschicht und an der Spitze einer Partei zu ste-

hen, muss man einer politischen Elite angehören, oder ein Intellektueller sein, viel schreiben, viel publizieren. Und alles ist stark personenbezogen. Ich kann nachempfinden, warum sich die Menschen nicht von den etablierten Parteien angesprochen fühlen. Die politischen Parteien werden im täglichen Leben gar nicht wahrgenommen, man spürt ihre Existenz nicht, nur im Fernsehen treten Politiker auf – für mich als Wienerin eine seltsame Distanz.

Wenn heute niemand verstehen kann, warum so viele in Frankreich den Front National gewählt haben, so kann ich in Ansätzen nachvollziehen, was ausschlaggebend dafür sein könnte. In meiner Partei, der SPÖ, ist es normal, ArbeiterInnen, HausbesorgerInnen und Angestellte als Mitglieder, als FunktionärInnen zu haben, wie auch gewerkschaftlich organisierte Personen. Nichtsdestotrotz war es für mich eine komplett neue politische Erfahrung, dass die Parti Socialiste historisch nie eine ArbeiterInnenpartei gewesen ist, sondern immer schon eine Partei des Bildungsbürgertums. Man erklärte mir, die wirkliche Arbeiterpartei wäre die Kommunistische Partei gewesen, in der sich ArbeiterInnen organisierten. In Paris ist die Zentrale der Kommunistischen Partei auch noch immer imposant, die ganzen Plätze an diesem Ort sind in meiner Erinnerung nach Widerstandskämpfern benannt. Man merkt, das war einmal eine bedeutende politische Partei in Frankreich, die heute in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht ist. Es gibt sie de facto nicht mehr.

Die ArbeiterInnen von einst wählen heute vielfach den Front National. Überall wo Industrien standen und nach wie vor stehen, hat es einen Wähler austausch direkt zum FN gegeben. Nicht nur, dass ich in den Kreisen und im Umfeld der Parti Socialiste nie einen Arbeiter erblickt habe, selbst wenn jemand ein Arbeiter gewesen wäre, oder aus einer Arbeiterfamilie gekommen wäre, hätte er es wahrscheinlich nie gesagt oder bewusst zum Thema gemacht. Ich weiß, dass ich in der SPÖ immer sagen kann, mein Vater war Haustechniker und ich kann stolz darauf sein. Elektriker, Mechanikerin, Haustechniker, Handwerkerin in Österreich zu sein, ist etwas, das man zum Glück ohne Scham sagen kann, aber dort in Paris hätte es wahrscheinlich Unbehagen ausgelöst, umgeben von vielen Intellektuellen und sehr gut ausgebildeten Personen.

Ich kann daher ein bisschen nachvollziehen was Didier Eribon in seinem Buch meint, wenn er von der sozialen Scham spricht, die er empfunden hat, wenn er offenbaren musste, dass er aus einer Arbeiterfamilie im Norden Frank-

reichs stammte. Er beschreibt in seinem Buch »Rückkehr nach Reims“, dass die soziale Scham über seine soziale Herkunft größer und stärker war, als die Scham über seine sexuelle Orientierung. Er konnte sich mit seiner Homosexualität identifizieren, von seiner sozialen Herkunft hatte er sich aber bewusst abgegrenzt und losgelöst und konnte und wollte dazu keine Identität aufbauen. Er beschreibt in seinem Buch, seine Familie, seine Eltern, seinen Großvater, seine Großmutter, die allesamt ArbeiterInnen waren. Politisch wählten sie die Kommunistische Partei und definierten sich als links, denn links zu sein hatte eine große Bedeutung für sie. Linkssein bedeutete, dass die Ungerechtigkeiten und Härten, die sie ertrugen, adressiert wurden. Es gab eine Art Bewusstsein, einer Klasse, einem Kollektiv anzugehören, nämlich der ArbeiterInnenklasse und dabei empfanden sie Stolz und Selbstachtung.

Für sie war die Partei die Schutzmacht der Ausgebeuteten und Schutzlosen. In der Kindheit von Didier Eribon war die gesamte Familie kommunistisch. Er fragt sich in seinem Buch, wie es dazu kommen konnte, dass man in derselben Familie wenig später rechte oder rechtsextreme Parteien wählte und es als ganz natürlich empfand. Was war geschehen, dass man nun den Front National wählte, den man doch zuvor noch als Klassenfeind empfand? Welchen Anteil hatte die offizielle Linke an dieser Entwicklung?

Eribon konstatiert, dass es für die Linke zunehmend keine Rolle mehr spielte, welche Mechanismen und Strukturen einer Gesellschaft Ungleichheit und Ungerechtigkeit produzieren. Das neokonservative Zeitalter war hereingebrochen, in dem jeder für sich selbst verantwortlich ist, auch für sein »Versagen«, und in dem soziale Gegebenheiten einfach zunehmend ignoriert wurden. Die Sprache änderte sich, die aktiven Subjekte, die zuvor noch gegen Unterdrückung und Ausbeutung gekämpft hatten, die stark waren, wurden zu passiven Opfern von Armut und Ausgrenzung. Ausbeutung, Unterdrückung, sozialer Kampf, Reproduktion von sozialen Strukturen – all das spielte keine Rolle mehr. Es gab keine Gruppenidentifikation mehr, die von gemeinsamen Sorgen, Interessen und gemeinsamen politischen Ziele getragen wurde. Große Teile der Ausgeschlossenen wandten sich zunehmend jenen Parteien zu, die sich als Einzige um sie zu kümmern schienen. Mit der Wahl des Front National könne man noch am ehesten das, was von der einstmaligen Klassenidentität übergeblieben sei, verteidigen, welche die MachtpolitikerInnen, die alle AbsolventInnen der technokratischen Eliteschulen seien, verachteten. Eribon sieht einen Beitrag der Linken zur Herstel-

lung dieser dominanten rechten Ideologie. Das einstige Wir und die Anderen, die einstigen Arbeiter, die anderen sozialen Gruppen und Klassen gegenüberstanden, hat sich verschoben hin zu einem neuen Wir und die Anderen. Die neuen Gegensätze sind nicht mehr sozialer Natur, sie sind nationaler Natur, nun stünden die Franzosen und Französinnen den AusländerInnen gegenüber. Der soziale Gegensatz bekommt nun eine nationale und ethnische Komponente, weil die da oben als BefürworterInnen einer Immigration wahrgenommen werden, deren Folgen die da unten jeden Tag spüren würden. Plötzlich wird jegliches Übel auf die Einwanderung projiziert. Diese vernachlässigte Gruppe, diese soziale Klasse hat sich neu formiert und wählt heute Front National.

Die Veränderung kann man nicht in scheinbar kurzfristigen Lösungen finden. Es braucht eine Rückbesinnung auf die Lösung der Widersprüche und Konflikte in denen die VerliererInnen der Krise sich befinden. Als diese VerliererInnen der Krise würden wir in Österreich mehr oder weniger 95% der Bevölkerung ansehen. Es ist nicht jeder von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen, aber von Zukunftsängsten und schwierigeren Bedingungen. Wir haben mit der Europäischen Union ein Versprechen von Frieden und Wohlstand gegeben, das wir nicht einlösen konnten, das soziale Europa ist in weite Ferne gerückt. Es reicht nicht unkritisch pro-europäisch zu sein, wir brauchen eine wesentliche Veränderung der sozialen Verhältnisse.


Das bedeutet, die wesentlichen Zukunftsfragen auch anzugehen. Wir brauchen neue Perspektiven der Beschäftigung auch für ältere ArbeitnehmerInnen. In Österreich arbeiten wir mit der Aktion 20.000 daran, für Arbeitslose über 50 wieder Perspektiven zu schaffen. Ebenso brauchen wir Lösungen, um die Kosten für Wohnen in einem leistbaren Ausmaß zu halten und eine Erhöhung der Mindestlöhne, um Geld für ein würdevolles Leben zu verdienen. In Österreich stellen wir uns der Debatte um diese Fragen und bringen Lösungen ein.

Wir müssen die gesellschaftlichen Fragen und die strukturellen Mechanismen wieder in den Mittelpunkt unserer Bemühungen und Debatten stellen. Wir brauchen mehr soziale Durchlässigkeit, auch wenn diese in Österreich weitaus stärker gegeben ist, als in Frankreich.

All jene, die wir auf diesen Weg verloren haben, sollen aber auch nicht weiter entmündigt werden und als passive Opfer der Krise gesehen werden. Es ist unsere Aufgabe, ihnen

ein Angebot zu machen und zu beweisen, das wir mit ihnen gemeinsam die Lebensverhältnisse Aller verbessern können.

Politik als Elitenprojekt führt direkt in eine Sackgasse, es ist kein Weg, der für mich gangbar ist.

Meine Rückkehr nach Wien war eine andere, als die von Didier Eribon nach Reims. Ich bin in mein wirkliches Zuhause zurückgekehrt. Wien ist die Stadt, die mir als Kind von MigrantInnen die Möglichkeit gegeben hat, ebenbürtig mit der Gesellschaft zu werden. Wien ist die Stadt, in der mir die Sozialdemokratie – durch das gelebte Grundprinzip der Gleichheit – das Selbstwertgefühl und das Selbstbewusstsein gegeben hat, das ich gebraucht habe, um in dieser Gesellschaft beruflich und in meiner Ausbildung zu reüssieren. Ich konnte eine höhere Schule besuchen und studieren. Ich konnte Anwältin werden. In der Sozialdemokratie habe ich aufgehört, ein MigrantInKind zu sein. Die österreichische Sozialdemokratie hat mir die Chance gegeben, gemeinsam mit KollegInnen aus allen gesellschaftlichen Gruppen, Politik zu machen, ob Alt oder Jung. Genau hier liegt die Stärke unserer Bewegung und auch das Rezept für die Zukunft. Auf diesem Weg kann die Gefahr von Rechts gebannt werden. Ob in Österreich oder in Frankreich. 

**MUNA DUZDAR**

ist Rechtsanwältin und Staatssekretärin im Bundeskanzleramt  
für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung.





**Yonezawa, Directional Robot**  
1957; Privatbesitz; Foto: © Andreas Sütterlin, 2016

# Sonnyboy und die Brandstifter

**Der neugewählte französische** Präsident Emmanuel Macron hat auch bei den Parlamentswahlen am 11. und 18. Juni dank des Mehrheitswahlrechts und der Zersplitterung der Linken gute Chancen auf eine Mehrheit in der Nationalversammlung. Jetzt sieht sich sogar Sebastian Kurz schon als Austro-Macron. Handelt es sich bei Macrons Projekt »En marche« um ein politisches Erfolgsmodell oder ist es die gelebte Praxis der Postdemokratie?

**N**ach Macrons Wahlsieg hält die mediale Euphorie über den Sonnyboy der europäischen Politik an: Seine Regierung versammle Talent, Erfahrung und einen »Geniestreich«<sup>1</sup> konstatiert etwa die deutsche Wochenzeitung »Die Zeit«. Rund die Hälfte der Regierungsämter besetzte Macron mit UnternehmerInnen und TechnokratInnen, Außen- und Innenministerium gingen an zwei sozialistische Überläufer, während die Wirtschafts- und Finanzressorts nun fest in der Hand konservativer Politiker sind. Dass die in Aussicht gestellte Premierministerin am Ende des Tages die Gestalt des männlichen konservativen Bürgermeisters von Le Havre, Edouard Philippe annahm, konnte die Begeisterung kaum bremsen, zumal anzuerkennen ist, dass die Hälfte der Regierungsmitglieder (wenn auch mit den weniger bedeutsamen Ressorts) Frauen sind.<sup>2</sup>

Zu den wenigen Enttäuschten dürfte die frühere sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal zählen, die als potentielle Regierungschefin eines Präsidenten Macron gehandelt worden war. Die bis zuletzt als Umweltministerin unter Hollande amtierende Sozialistin hatte sich bereits im Wahlkampf geweigert, den Kandidaten ihrer Partei, Benoît Hamon, zu unterstützen und sprach von Macron als »unserem Kandidaten«.<sup>3</sup> Noch am Wahlabend bezeichnete sie es als das nun wichtigste Ziel, eine parlamentarische Mehrheit für den Präsidenten zu sichern.<sup>4</sup>

## DIE BRANDSTIFTER IM EIGENEN HAUS...

Es ist bezeichnend, dass es niemand so eilig hatte ins Lager Macrons zu wechseln, als die führenden Mitglieder der Regierung Hollandes, deren Beliebtheitswerte in den letzten fünf Jahren neue Tiefenrekorde erreicht hatten. Zwar schwiegen

die meisten Regierungsmitglieder während des Wahlkampfes vielsagend, ausgerechnet einer der Hauptverantwortlichen für das politische Desaster der SozialistInnen, der Ex-Premierminister Manuel Valls, rief Ende März 2017 aktiv zur Wahl Macrons auf.<sup>5</sup> Zuvor war Valls im Jänner bei den internen Vorwahlen der Linken überraschend klar dem linken Außen-seiter Benoît Hamon, den Valls 2014 wegen dessen kritischen Aussagen über Merkels Austeritätspolitik aus der Regierung entlassen hatte, unterlegen.

Valls offene Parteinahme gegen den Kandidaten seiner Partei hatte dennoch Gewicht: Ab März begann der bodenlose Absturz Hamons, der Anfang Februar in Umfragen bereits knapp an Macron herangerückt war. Der Zusammenhang erscheint bei Betrachtung der erhobenen Wahlmotive und der großen Unentschlossenheit der SympathisantInnen des linken Lagers jedenfalls plausibel: Wochenlang hatten sowohl rund die Hälfte der SympathisantInnen Macrons als auch Hamons erklärt, sich möglicherweise noch umentscheiden zu wollen.<sup>6</sup> Angesichts der Umfragen, die eine Stichwahl zwischen dem Rechtskonservativen Fillon und der Rechtsextremen Le Pen in Aussicht stellten, waren viele WählerInnen der Linken bereit, mit ihrer Stimme zu taktieren und denjenigen zu unterstützen, der die besten Chancen zu haben schien, eine Stichwahl zwischen zwei offen Rechten zu verhindern. Das spiegeln auch die Wahlanalysen des ersten Wahlgangs wider: Nur 45% der WählerInnen Macrons im ersten Wahldurchgang wählten ihn wegen seines Programms oder seiner Persönlichkeit, während die überwiegende Mehrheit seiner WählerInnen in einer Stimme für Macron das kleinste Übel oder die beste Chance sah, die Wahl zu gewinnen bzw. einen anderen Kandidaten zu verhindern.<sup>7</sup>

Der Verrat von Valls an Hamon – alle TeilnehmerInnen an den Vorwahlen hatten sich verpflichtet, den Sieger zu unterstützen – machte deutlich, dass das Establishment seiner eigenen Partei Hamon die Gefolgschaft verweigerte und gegen ihn arbeitete. Das ließ ihn zunehmend chancenlos erscheinen und machte eine taktische Stimme für Hamon wertlos, der zwischen Macron und dem linken Kandidaten Jean-Luc Mélenchon sukzessive aufgerieben wurde und am Wahlabend bei katastrophalen 6% landete.

### ... LEISTEN GANZE ARBEIT

Hamon überschätzte offensichtlich die Loyalität der führenden Köpfe des ps zur eigenen Partei und unterschätzte die Bereitschaft, gemeinsam mit Macron den ps von außen und innen zu zertrümmern. Dabei ähnelt Macrons strategische Konzeption, bei aller persönlichen Rivalität der beiden, der von Ex-Premier Valls schon 2009 ventilierten Neuorientierung des Parteispektrums: Einer neuen Zentrumsformation gemeinsam mit dem Mouvement démocratique (Modem) des gemäßigten Bürgerlichen François Bayrou.

Seit den Präsidentschaftswahlen führt der ps zwar offiziell noch Wahlkampf, um einige Parlamentssitze zu retten. Tatsächlich scheint die Mehrzahl ihrer Parteibarone, so wie Valls und Royal, vor allem damit beschäftigt, ihren Übergang ins Lager von Macron vorzubereiten. 60% der KandidatInnen des ps bei den Parlamentswahlen treten zum ersten Mal an, verkündete Parteisekretär Cambadélis stolz. Weniger optimistisch betrachtet, verlässt der Großteil des derzeitigen Personals bereits das von eigener Hand versenkte Schiff. Die programmatische Wahlplattform wurde bereits Macron-kompatibel abgeschliffen. Hatte Hamon sich z.B. noch entschieden gegen Macrons arbeitnehmerfeindlichen Plan gewandt, Betriebsvereinbarungen kollektivvertraglichen und gesetzlichen Regelungen vorgehen zu lassen, will Cambadélis nun nur noch sichergestellt wissen, dass eine solche Reform des Arbeitsrechts nicht per Verordnung am Parlament vorbei erlassen wird (wie es im Vorjahr die Regierung Valls getan hatte).<sup>8</sup> Ihr größtes Problem dabei scheint zu sein, dass Valls sich – jedenfalls vor der Parlamentswahl – zurückhaltend zeigt, den Ballast des alten Establishments an Bord zu nehmen, was nicht ausschließt, dass er sich in diesem Punkt nach der Wahl flexibler zeigt.

### WOFÜR STEHT MACRON?

Macrons politisches Projekt weist eine Reihe von Merkmalen auf, die vordergründig paradox erscheinen. Es nimmt für sich in Anspruch, »weder links, noch rechts« zu sein, ist aber zum

größeren Teil auf den Trümmern der Sozialistischen Partei aufgebaut. Macron gibt vor, mit dem »alten politischen System« aufräumen zu wollen, sein Erfolg wäre ohne die tätige Mithilfe führender Köpfe der bisherigen Regierung aber undenkbar gewesen. Steht Macron einfach nur für eine zeitgemäße Neuorientierung der Linken, wie viele Medien insinuierten, für ein politisches Revival der totgeglaubten politischen Mitte? Viele lesen auch Macrons politisches Programm so.<sup>9</sup> Macron will in Summe rund 100.000 Stellen im öffentlichen Dienst streichen, Körperschafts- und Aktiensteuern senken und, arbeitsrechtliche Regelungskompetenzen von gesetzlicher und Branchenebene auf die betriebliche Ebene verschieben.

Er will auch Selbstständige in die Arbeitslosenversicherung einbeziehen und den Zugang erleichtern, gleichzeitig aber auch die Zumutbarkeitsbestimmungen verschärfen. Positiver wird aus linker Sicht hingegen zumeist seine europapolitische Orientierung gewürdigt: Er spricht sich für ein europäisches Budget, eine Ausweitung öffentlicher Investitionen und eine Stärkung der europäischen Institutionen aus.<sup>10</sup> Durchaus zutreffend wird dabei von der SPD-nahen Ebert-Stiftung auf die große Kontinuität in europapolitischen Fragen mit seinem Amtsvorgänger François Hollande verwiesen.<sup>11</sup> Die Parallele reicht im Grunde über die europapolitische Ebene hinaus: Als Hollande mit seiner Forderung nach einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel in Europa auf Granit biss, versuchte er in Frankreich eine Art »Agenda 2010« light mit Senkungen der Unternehmensabgaben und einer Liberalisierung des Arbeitsrechts, wie sie Macron jetzt in weit größerem Maßstab umzusetzen beabsichtigt. Macron verkörpert also programmatisch die mit Selbstbewusstsein und ohne Rücksicht auf Gewerkschaften und die politische Linke fortgesetzte Politik Hollandes.

In seinem Beitrag in diesem Heft zeigt Gerhard Marchl auf, dass Frankreichs WählerInnen die Euphorie der veröffentlichten Meinung für Macron und sein Programm durchaus nicht teilen. Wieso hat er aber dennoch die besten Chancen, nach der Präsidentschaft auch die Parlamentswahlen für sich zu entscheiden?

### DER SOG DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Als wohl erfreulichstes Element von Macrons Wahl erscheint die eindeutige Niederlage der rechtsextremen Kandidatin Marine Le Pen in der Stichwahl. Sie erzielte zwar mit rund 34% fast doppelt so viele Stimmen als ihr Vater 2002 in der

Stichwahl gegen Jacques Chirac, blieb aber doch deutlich unter den Erwartungen. Seit 2002, als Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erstmals gekoppelt wurden, hat das Lager des siegreichen Präsidenten auch stets die Wahlen zur Nationalversammlung für sich entschieden. Im Grunde bahnt sich eine Wiederholung des Musters der Präsidentschaftswahlen in den 577 Wahlkreisen an. Das Lager der Konservativen erweist sich dabei als robuster und wird allen Prognosen nach stark in der Nationalversammlung vertreten bleiben, während der PS unter 50 Sitze fallen könnte.<sup>12</sup> Ursache dafür ist auch, dass eine Einigung auf Wahlbündnisse innerhalb der Linken aus verschiedenen Gründen weitgehend gescheitert ist und die KandidatInnen von PS, PCF und Mélenchons »France insoumise« in den meisten Wahlkreisen im ersten Wahldurchgang ausscheiden werden, weil sich das Votum der linken WählerInnen zwischen diesen Parteien aufteilen wird.

### KURZ – DER AUSTRO-MACRON?

So sehr sich die Beschreibung Macrons als »modernisierter« Repräsentant des linken Lagers bei genauerer Betrachtung als Selbstbetrug erweist, so aberwitzig ist natürlich auch der in den sozialen Medien hysterisch kommentierte Versuch von Sebastian Kurz, sich selbst in eine Reihe mit Macron zu stellen. Macron hat die französische Präsidentschaftswahl gewonnen, weil er sich als erfolgversprechendster Gegenpol zum Front National (FN) positioniert hat, während Sebastian Kurz an einem politischen Projekt arbeitet, das die österreichische FN-Version, die FPÖ, inhaltlich und persönlich wieder in die Regierung holt.

Am ehesten ist eine Parallele dann zu erkennen, wenn man das Phänomen Macron mit dem kritischen Blick des sozialistischen Kandidaten, Benoît Hamon, betrachtet. Mitte März hatte Hamon noch gegen Macron einerseits und Fillon und Le Pen andererseits gestichelt: »Der eine sagt uns ganz modern, wie [der Regierungschef des Bürgerkönigs Louis Philippe] Guizot: ›Bereichert euch!‹. Die beiden anderen denken sich ›Bereichern wir uns!‹ Die Partei des Geldes hat zu viele Kandidaten bei dieser Wahl! Sie hat mehrere Namen, mehrere Gesichter, ja sie hat sogar mehrere Parteien.«<sup>13</sup> Wenn in Österreichs Medien neben der Unterstützung durch die diversen ÖVP-Bünde ein Zusammenschluss von 42 wichtigen Tiroler Unternehmen, der Adler-Gruppe, als berichtenswert erachtet, dann ergeben sich allenfalls entfernte Ähnlichkeiten in der Unterstützung durch zahlungskräftige Wirtschaftsvertreter.

Noch besser auf Kurz zu passen scheint Hamons Kritik an Macrons Versuch, sich als Modernisierer abseits des bisherigen

Establishments zu positionieren: Macron, so witzelte Hamon, stehe für eine »Doktrin des Leoparden« und spielte damit auf den Roman von Giuseppe Tomasi di Lampedusa an. Darin schließt sich der Neffe eines sizilianischen Aristokraten zum Entsetzen seines Onkels den Truppen des italienischen Freiheitshelden Garibaldi an. Seinem Onkel erklärt er das mit den berühmten Worten: »Wenn wir wollen, dass alles bleibt wie es ist, dann ist nötig, dass alles sich verändert.« Hamon über Macron: »An der Oberfläche soll sich alles ändern, damit sich dahinter nichts verändert. Es sind die jungen Leoparden, die Figuren des jetzigen Systems, die sich durch einen geschickten Trick ganz plötzlich in die großen Veränderer verwandeln.« Mag sein, dass Kurz sich – mit Recht – von dieser Polemik angesprochen fühlt.

### UND MÉLENCHON?

Wachsende Aufmerksamkeit erarbeitete sich der linke Kandidat Jean-Luc Mélenchon, der in den letzten Wahlkampfwochen völlig unerwartet in den Umfragen an das Spitzentrio Macron-Le Pen-Fillon heranrückte und mit 19,6% und knapp 7 Mio. Stimmen den Einzug in die Stichwahl nur mit rund 600.000 Stimmen verpasste. Weil Mélenchon weder mit dem PCF noch mit dem PS Wahlbündnisse vereinbaren konnte, wird dieses starke Ergebnis bei den Parlamentswahlen allen Erwartungen nach aber keine spürbare Wirkung erzielen können.

Zu Unrecht wurde die Wahlbewegung Mélenchons im deutschsprachigen Raum nahezu ausschließlich unter dem Aspekt diskutiert, ob seine Weigerung, aktiv für Macrons Wahl im zweiten Durchgang zu werben – obwohl er zu verstehen gegeben hatte, dass er persönlich für Macron stimmen werde – ein Grund zur Verdammung oder zur Heiligsprechung sei. Der Autor dieser Zeilen hält Mélenchons Verhalten für einen Fehler, gleichwohl gibt es gleich mehrere positive Bezugspunkte zu Mélenchons Kampagne, von denen SozialdemokratInnen quer durch Europa mehr lernen könnten, als wenn sie sich geistig in einem Akt des Selbstbetrugs ins Lager des Wahlsiegers Emmanuel Macron rechnen. Mélenchon gelang es als einzigem »linken« Kandidaten substanzielle Ergebnisse unter ArbeiterInnen zu erzielen und diese nicht nur Le Pen und ihrem Chauvinismus zu überlassen. Dies ist umso beachtlicher, als Mélenchon sehr direkt das Migrationsthema angesprochen und mit der sozialen Frage verbunden hat. Mélenchon ist es gelungen, mit sozialen Fragestellungen Emotionen zu wecken und zehntausende AnhängerInnen zu seinen Massenkundgebungen zu mobilisieren. Dass er damit erfolgreich war, ein durchaus als hoffnungsvoll wahrgenommenes Pro-

jekt zu entwickeln, ist auch daran zu erkennen, dass er in der Gruppe der besonders schwer für Wahlen mobilisierbaren Arbeitslosen eine relative Mehrheit erzielt hat. Das alles führte dazu, dass er etwa in Marseille, einer krisengebeutelten frühen Hochburg des FN, auf Platz 1 beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen landete – und das obwohl oder auch weil er bei seinem großen Auftritt im Hafen der Stadt den Skandal des Massensterbens von Flüchtlingen vor der »Festung Europa« ansprach (»Hört Ihr die Stille hinter mir? Es ist die Stille von 30.000 Toten!«). Wenn ihm schließlich eine anti-europäische Töne vorgeworfen werden, so erscheint auch das nicht ganz fair. Mélenchons europapolitische Forderungen sind zwar konsequenter, aber in ihrer Ausrichtung jenen von Hollande und Macron nicht unähnlich. Der wesentlichste Unterschied: Dass Mélenchon sich auf eine Debatte darüber eingelassen hat, was folgen würde, wenn Merkel ihn ebenso abblitzen lassen würde, wie Hollande bei der Neuverhandlung des Fiskalpakts 2012.

## RAUM FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK

Bei den anstehenden Parlamentswahlen droht der französischen Sozialdemokratie ein ähnlicher Absturz wie zuletzt in den Niederlanden. Wer in Macron einfach nur einen etwas in die Mitte gerückten sozialdemokratischen Ableger sieht, verkennt, dass Emmanuel Macron mit seinem Projekt die Sozialdemokratie nicht modernisiert, sondern sie gemeinsam mit der gesamten Linken vorläufig zerschlägt. Dass in seiner parteiübergreifenden ersten Regierung das Wirtschafts- und Finanzressort mit (gemäßigten) Konservativen besetzt wurde ist kein Zufall, sondern einfach eine ehrliche Ansage.

Es ist zu erwarten, dass nach der verlorenen Wahl ein weiterer Exodus vom PS in Richtung »En marche« erfolgen wird. Gleichzeitig zeigt das starke Ergebnis von Jean-Luc Mélenchon, der ein klassisch sozialdemokratisches Programm vertreten hat und der Umstand, dass Mélenchon und Hamon zusammen Platz 1 im ersten Durchgang belegt hätten, dass selbst nach einer katastrophalen fünfjährigen Bilanz eines sozialistischen Präsidenten, trotz der auch aus dem Inneren des PS betriebenen Implosion, das Potenzial für eine als glaubwürdig wahrgenommene, geradlinige sozialdemokratische Politik vorhanden ist. Die Herausforderung der nächsten Jahre wird darin bestehen, dieses Potenzial wieder auszuschöpfen und das Feld nicht den scheinbar starken Männern zu überlassen. 🍷

LUDWIG DVOŘÁK

ist Gf. Chefredakteur.

1. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-05/kabinett-emmanuel-macron-frankreich-regierung-minister>
2. <https://www.lesechos.fr/politique-societe/dossiers/0212055782679/0212055782679-le-gouvernement-demmanuel-macron-2085142.php>
3. <http://www.sudouest.fr/2017/04/26/video-quand-segolene-royal-dit-notre-candidat-en-parlant-d-emmanuel-macron-3398692-710.php>
4. <http://www.europe1.fr/politique/presidentielle-le-temps-est-venu-de-travailler-ensemble-selon-segolene-royal-3322664>
5. [http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/03/30/responsable-ou-une-infamie-les-electeurs-socialistes-divises-apres-la-decision-de-valls-de-voter-macron\\_5103445\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/03/30/responsable-ou-une-infamie-les-electeurs-socialistes-divises-apres-la-decision-de-valls-de-voter-macron_5103445_823448.html)
6. [http://ifop.fr/media/poll/3656-1-study\\_file.pdf](http://ifop.fr/media/poll/3656-1-study_file.pdf)
7. <https://staticswww.bva-group.com/wp-content/uploads/2017/04/Sondage-Jour-du-vote-POP2017-23-avril-2017-VDEF.pdf>
8. <https://en-marche.fr/emmanuel-macron/le-programme>
9. <https://kontrast-blog.at/analyse-das-hat-emmanuel-macron-in-frankreich-vor/>
10. <http://www.fes.de/de/themenportal-flucht-migration-integration/artikelseite-flucht-migration-integration/puh-wars-das-jetzt>
11. <https://www.opinion-way.com/fr/>
12. [http://www.lemonde.fr/elections-legislatives-2017/article/2017/05/09/legislatives-le-ps-s-accorde-sur-une-plate-forme-programmatique\\_5124972\\_5076653.html](http://www.lemonde.fr/elections-legislatives-2017/article/2017/05/09/legislatives-le-ps-s-accorde-sur-une-plate-forme-programmatique_5124972_5076653.html)
13. [http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2017/03/19/benoit-hamon-en-meeting-a-paris-le-parti-de-l-argent-a-trop-de-candidats\\_5097183\\_4854003.html#KAYVD11r0PjsX38d.99](http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2017/03/19/benoit-hamon-en-meeting-a-paris-le-parti-de-l-argent-a-trop-de-candidats_5097183_4854003.html#KAYVD11r0PjsX38d.99)



**Sander Burger, Alice Cares**  
2015; Filmstill © KeyDocs/Alice Cares



# Warum die Linke mitverantwortlich für den Aufstieg der Rechten ist

Der Ökonom Richard Bärnthaler plädiert für radikale politische Alternativen der Linken statt eines fehlgeleiteten moralischen Überlegenheitsgefühls im Umgang mit rechter Politik. Die Linke müsse ihre Fähigkeit wiedergewinnen, Leidenschaft für politische und soziale Veränderung zu wecken.

**B**rexit, Trump, Le Pen, Orban, die FPÖ und die AfD sind nur einige Beispiele für den anhaltenden Aufstieg rechter Bewegungen. Ein Großteil der Linksparteien sowie der linken Wählerschaft meint die zugrundeliegenden Motive zu kennen: niedriges Bildungsniveau, Rassismus, Misogynie, Sexismus und Xenophobie. Diese Argumentation zeigt, dass das Wesentliche noch immer nicht begriffen wurde, und birgt darüber hinaus das Risiko, fundamental falsche Schlüsse aus der Misere zu ziehen. Der amerikanische Satiriker John Stuart<sup>1</sup> bringt die Situation auf den Punkt: »Das selbe Land, das Barack Obama wählte, stimmte nun für Donald Trump.« Die überwiegende Mehrheit der Stimmen für rechte Parteien resultiert nicht aus einem niedrigen Bildungsgrad, Rassismus, Sexismus oder Xenophobie. Viel eher sind sie die Konsequenz eines fundamental irreführenden Demokratieverständnisses linker Bewegungen sowie deren Unvermögen, Leidenschaft in der Bevölkerung zu erwecken.

Auf die Frage der Tageszeitung *Der Standard*<sup>2</sup>, ob die Grünen im nächsten Wahlkampf weiter Richtung Mitte rücken oder doch »links abbiegen« werden, antwortete ein hochrangiges Mitglied der Grünen: »Wenn man für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte eintritt, ist man ja heute schon links.« Diese Argumentation ist bezeichnend für eine Geisteshaltung, der ein Großteil der Linken und Liberalen verfallen ist. Kampf und Konfrontation werden einer angeblich universalen Rationalität und Folgebereitschaft untergeordnet. Die Linke hat sich für eine Art von Bequemlichkeit entschieden, in der radikalere Meinungen nicht diskutiert, sondern schnell als »außerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen« oder »außerhalb des moralisch Zulässigen« abgetan werden. Dies wirkt disziplinierend auf die Gesellschaft, da Positionen außerhalb

des Bereichs des universalen Liberalismus leichtfertig missachtet und zurückgewiesen werden. In diesem Sinne ist, wie Michel Foucault treffend argumentierte, Macht nicht Disziplin, sondern Disziplin eine Möglichkeit, durch welche Macht ausgeübt werden kann.

Der Philosoph Ludwig Wittgenstein<sup>3</sup> beschreibt die zugrundeliegende Situation passend: »Wo sich wirklich zwei Prinzipien treffen, die sich nicht miteinander aussöhnen, da erklärt jeder den Andern für einen Narren und Ketzer. Ich sagte, ich würde den Anderen bekämpfen«, – aber würde ich ihm [ihr] denn nicht Gründe geben? Doch, aber wie weit reichen die? Am Ende der Gründe steht die *Überredung*.« Die Mainstream-Linke hat die Kunst der *Überredung* verlernt; sie versteht sich als die große Gewinnerin des »Kulturkrieges« und in einem daraus resultierenden Zustand moralischer Überlegenheit. Überzeugungsarbeit wird daher als überflüssig abgetan. Die Linke ist de-radikalisiert und konservativ geworden. Ihr Demokratieverständnis basiert auf einem Konsens zwischen (relativ) rationalen Akteuren innerhalb des universal liberalen Rahmengebildes. Dieses Verständnis von Demokratie, in welchem Veränderung nur durch einen rationalen Konsens herbeigeführt werden kann, wird, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise, von den deliberativen und liberalen Modellen der politischen Philosophie unter der Führung von Jürgen Habermas und John Rawls vorangetrieben.

Ein Blick zurück in der Geschichte lässt jedoch erahnen, dass ein derartiger Ansatz fast nie Veränderungen herbeigeführt hat. Politische Siege, gesellschaftliche Revolutionen und Transformationsprozesse sind fast immer auf Kämpfe, Überzeugung, Debatten, Argumentationen, Emotionen und Leidenschaft zurückzuführen. Es war kein rationaler Konsens,



sondern es waren Kämpfe, die auf den Sturz von Hegemonien abzielten, welche gesellschaftliche Veränderungen hervorbrachten. Die Glorreiche Revolution im 17. Jahrhundert und der darauf folgende Sturz des königlichen Absolutismus, die Amerikanische Revolution, welche zur Loslösung vom Britischen Empire führte, die Französische Revolution und die damit verbundene Abschaffung des feudal-absolutistischen Ständestaats – beide im 18. Jahrhundert – die charistischen und owenistischen Arbeiterbewegungen und die Abschaffung der Sklaverei im 19. Jahrhundert, sowie die sozialistische Oktoberrevolution, die Abschaffung der Apartheid und die Einführung des Frauenwahlrechts im 20. Jahrhundert sind nur einige wenige Beispiele. Ohne – zu diesem Zeitpunkt – für oder wider die Motive und Resultate dieser Bewegungen zu argumentieren und ohne die evolutionäre Perspektive, welche kumulative und inkrementelle Veränderungen in der Geschichte hervorstreicht, zurückzuweisen, verstärken diese Beispiele mein Argument: Veränderung beinhaltet immer radikale Komponenten, welche auf Kampf, Leidenschaft, aktives politisches Engagement und eine Frontalattacke gegen Hegemonien und dem Status quo basieren – sie sind nicht das Resultat eines rationalen Konsenses. Veränderung impliziert sozialen Kampf.

Die politische Theoretikerin Chantal Mouffe<sup>4</sup> betont, dass ein ernst genommener Pluralismus erfordert, »den Traum eines rationalen Konsenses aufzugeben. Ein derartiger Konsens kann nicht existieren. Wir müssen akzeptieren, dass jeder Konsens ein temporäres Resultat vorläufiger Hegemonien ist, eine Stabilisation der Macht, und dass er immer eine Form der Ausgrenzung zur Folge hat.« Dies trifft, wie bereits diskutiert, auch auf die Mainstream-Linke zu: Gruppen, die es wagen, einen universalen Liberalismus zu hinterfragen, werden systematisch ausgegrenzt. Entscheidend ist jedoch, dass diese Ausgrenzung nicht auf Diskussionen und Debatten basiert, sondern auf einer angeblich rationalen Basis, welche keiner weiteren Diskussionen bedarf. Die Destruktion demokratischer Plattformen, in deren Rahmen divergierende Interessen diskutiert werden könnten, resultiert in einem Zustand in dem »Widerspruch dazu tendiert, gewalttätige Formen anzunehmen; dies gilt für nationale und internationale Politik.«<sup>5</sup>


Darüber hinaus versagt die Mainstream-Linke Leidenschaft in der Bevölkerung zu erzeugen. Dies ist eine Folgeerscheinung ihres Monopolanspruchs moralisch akzeptabler Meinungen sowie die daraus resultierende Ablehnung divergierende Interessen zu diskutieren. Durch eine rein auf uni-

versalen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte basierende Definition von «Links» sowie eine voranschreitende Positionierung in Richtung «der Mitte» verspielt die Linke die Möglichkeit, ihre Abgrenzungsmerkmale herauszustreichen und zu nutzen.

Mit diesem Ansatz unterläuft die Mainstream-Linke nicht nur ihre *raison d'être*, sondern verfestigt auch die De-Politisierung der Bevölkerung, zerstört Leidenschaften (auf Grund des Fehlens tatsächlicher Alternativen), begrenzt politischen Pluralismus, minimiert soziale Mobilisierung und schafft daher »eine Demokratie nach dem *demos*, eine Demokratie die das Erscheinungsbild und die Auseinandersetzung des Volkes beseitigt hat und dadurch auf ein alleiniges Zusammenspiel staatlicher Mechanismen und Kombinationen sozialer Energien und Interessen reduziert wird.«<sup>6</sup> Eine Demokratie ohne engagierten *demos* (das «Volk») ist ihren Namen jedoch kaum wert. Zusätzlich verstärkt die Verschwommenheit politischer Grenzen »den Aufstieg anderer Formen kollektiver Identität«<sup>7</sup>. Meist basieren diese auf nationalistischen, oder anderen ethnischen, sowie religiösen Formen der Identifikation.

Die Menschheit sieht sich heute mit einer Fülle globaler Herausforderungen konfrontiert, und die Mehrheit erkennt die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels. Die demokratische Voraussetzung für Erkundungsbewegungen und Lernprozesse, die in Zeiten der Transformation notwendig sind, ist eine Gesellschaft, in der divergierende Interessen, Ideen und Werte tatsächlich diskutiert und ausgehandelt werden können. Der von der Mainstream-Linken verfolgte Ansatz eines rationalen Konsenses, und deren Bewegung in Richtung Mitte schafft jedoch eine Unschärfe politischer Grenzen und ein offensichtliches Verschwinden alternativer Handlungsweisen. Eine Stimmenabgabe für das «gleiche alte Lied» ist jedoch für einen Großteil der Bevölkerung keine Option mehr. Dies ist vollkommen legitim, da Stimmen für Positionen, die sich nicht klar vom zeitgenössischen Konsens abgrenzen, Opfer auf Kosten der vorherrschenden Hegemonie ausschließen. Tiefgreifende Transformationen können jedoch nicht erreicht werden, ohne die Machthaber herauszufordern. Gleichzeitig, werden sich globale Herausforderungen nicht in Luft auflösen und der Druck Entwicklungen wie den Klimawandel, Migrationsströme oder Überbevölkerung in einer radikalen Weise zu lösen, wird zunehmen. Was ist also die Schlussfolgerung?

Wenn wir als Linke uns weiter weigern, Verantwortung zu übernehmen und tatsächliche Alternativen zu präsentie-

ren, die den Status quo grundsätzlich in Frage stellen, scheint ein weiterer Aufstieg der Rechten unvermeidlich. Wir müssen die Fähigkeit wiedererlangen, uns radikal andere Welten vorstellen zu können, und darüber hinaus muss für diese alternativen Entwürfe kontinuierlich gekämpft werden. Es ist Zeit, wieder in den Ring zu steigen und die vorherrschenden Hegemonien durch Argumentation, Debatte und Diskussion anzugreifen. In den Vereinigten Staaten hat Bernie Sanders gezeigt, dass dies der einzige Weg ist, Leidenschaften zu erwecken und den *demos* zu mobilisieren. Dies wird nicht nur dazu führen, die linke Ideologie vor der Bedeutungslosigkeit zu retten, sondern auch ein Umfeld schaffen, in dem Menschen in der Lage sind, sich alternative Lebensformen vorzustellen und sich wieder für Politik begeistern. Nur die Schaffung wirklicher Alternativen durch eine radikale Abgrenzung vom politischen Status quo wird einen weiteren Aufstieg der Rechten verhindern und eine lebendige Demokratie hervorbringen, in der sich BürgerInnen aktiv an einem Gemeinwesen beteiligen. Ich möchte diesen Beitrag mit einem Aufruf des politischen Satirikers Jonathan Pie<sup>8</sup> beenden, der sich mit dem Kern des Problems auseinandersetzt: »Verärgert zu sein funktioniert nicht mehr. Mit Beleidigungen herum zu werfen funktioniert nicht mehr. Das Einzige, das funktioniert, ist, sich an der Debatte zu beteiligen. Sprecht mit Menschen, die anderer Meinung sind, und überzeugt sie mittels Argumenten. Hört auf zu denken, dass jede/r, die/der nicht eurer Meinung ist, böse, rassistisch, sexistisch oder dumm ist, und überzeugt sie von eurer Position!« 

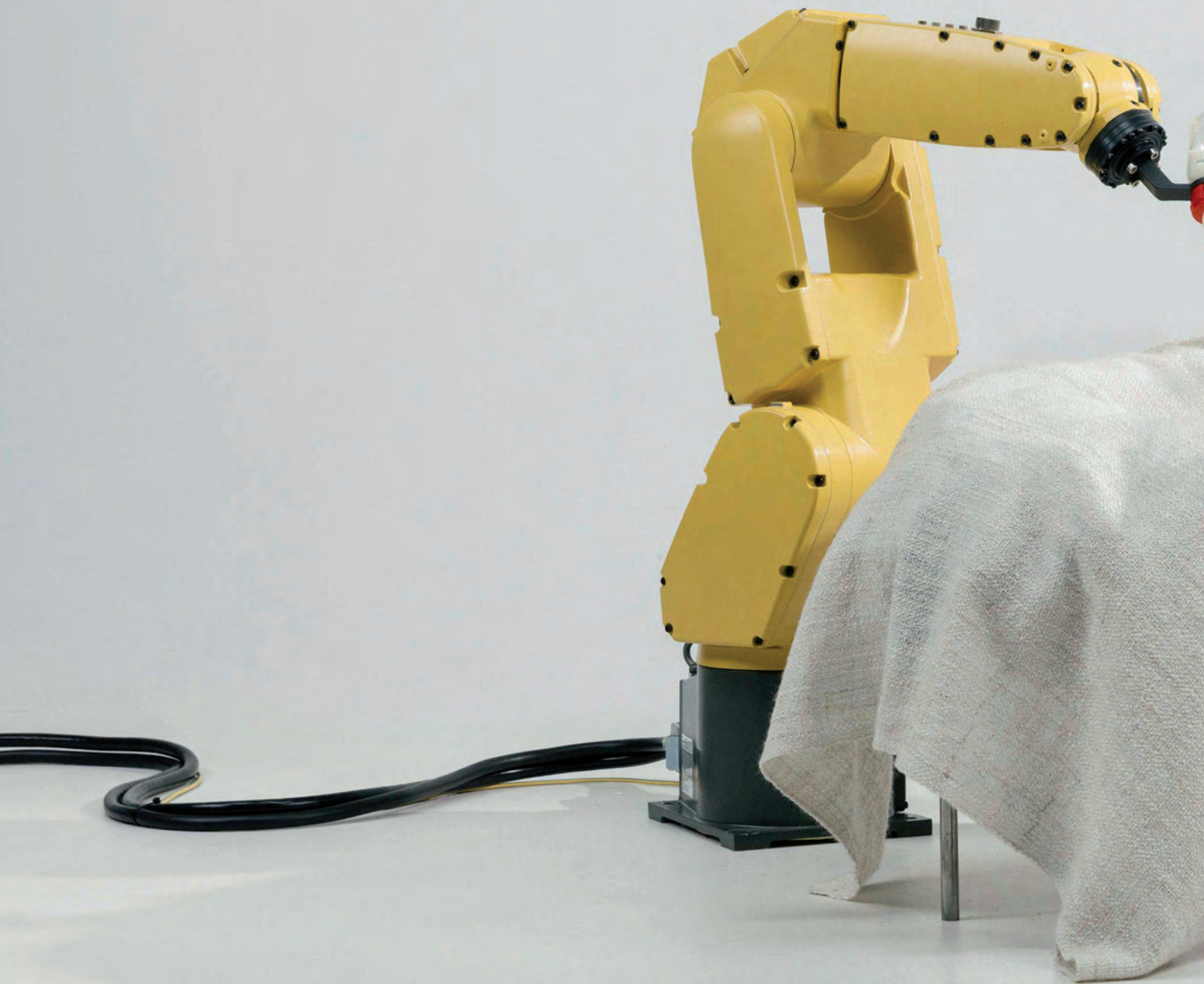
#### RICHARD BÄRNTHALER

hat Socio-ecological Economics and Policy an der wu Wien studiert und ist derzeit als Forschungsassistent am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien tätig.

1. Salon, 2016. Jon Stewart on why Donald Trump's not unique: "Have you listened to the Nixon tapes?". Website: <http://www.salon.com/2016/11/17/jon-stewart-on-why-donald-trumps-not-unique-have-you-listened-to-the-nixon-tapes/>
2. derStandard, 2016. Nach dem Wahlkampf flammt grüner Richtungsstreit wieder auf. Website: <http://derstandard.at/2000049059634/Nach-dem-Wahlkampf-flammt-gruener-Richtungsstreit-wieder-auf>
3. Wittgenstein, L., 1970. Über Gewissheit. M.(Suhrkamp).
4. Mouffe, C., 1999. Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? Social Research 66, 745–758.
5. Mouffe, C., 2005. On the Political. Psychology Press.
6. Rancière, J., 1999. Dis-agreement: Politics and Philosophy. University of Minnesota Press.
7. Mouffe, C., 2005. On the Political. Psychology Press.
8. Pie, J., 2016. President Trump: How & Why. Website: <https://www.youtube.com/watch?v=6LG9g7BcjKs>

**HELLO,  
ROBOT**  
MAK







# For the many, not the few!

**Drei Wochen vor** den Unterhauswahlen am 8. Juni hat Jeremy Corbyn Mitte Mai das Wahlprogramm der Labour Party präsentiert. Während internationale Medien wie NZZ oder FAZ ein »radikales Programm« orten oder sogar der Marktwirtschaft »bye-bye« sagen, sieht der linke Corbyn-Kritiker und Guardian-Journalist Owen Jones im vorgelegten Dokument eine programmatische »Antwort auf die globale Krise der Sozialdemokratie«. Wir dokumentieren nach einer kurzen Einleitung nachstehend eine gekürzte und übersetzte Fassung des Wahlprogramms.

**E**s soll ein Programm für die Vielen, nicht die Wenigen sein, wird Labour-Parteichef Jeremy Corbyn nicht müde zu betonen. Seit 7 Jahren würden die Tories das Land und seine Menschen davon abhalten, mehr Leistung zu erbringen und besser zu leben. Während eine kleine Elite von den Konservativen gut bedient werde, zerfalle die öffentliche Infrastruktur, würde Menschen eine adäquate Gesundheitsversorgung, Pflege und Betreuung vorenthalten. Eine Labour-Regierung würde eine Investitions-offensive starten, um Innovation, Breitbandinternet und Beschäftigung zu fördern, dem Klimawandel entgegenzutreten, den Zugang zur Bildung für alle zu eröffnen, die Rechte von ArbeitnehmerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, zu stärken und Lohndumping ein Ende zu bereiten.

May und die ihr wohlgesonnenen Medien versuchen, Labours Programm als einen weltfremden Wunschzettel zu denunzieren, der geradewegs in die 1970er-Jahre zurückführe. Die Mehrheit der WählerInnen unterstützt jedoch Forderungen wie die Verstaatlichung der Eisenbahn und einen höheren Mindestlohn. Und auch unter FachexpertInnen stößt die grundsätzliche Stoßrichtung durchaus auf Zustimmung: Das unabhängige Institute for Fiscal Studies bestätigt die Notwendigkeit umfassender Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, ins Pflege- und Gesundheitssystem und geht, in Hinblick auf die massiven Sparprogramme der letzten Jahre, davon aus, dass die dafür notwendigen Ressourcen eher durch Steuererhöhungen, als durch Einsparungen aufzubringen sein werden. Seit die Inhalte des Wahlprogramms durchgesickert sind, hat Labour in Umfragen bis zu 5 Prozentpunkte zugelegt.

Labours größtes Problem: Die wenigsten glauben, dass Labour dieses Wahlprogramm in einer Regierung werde um-

setzen können. Mit Mays brutalem Brexit-Kurs hat die Konservative Partei das WählerInnenpotenzial der rechten UKIP weitgehend aufgesaugt und kann sich, trotz der Halbierung des Umfragenvorsprungs seit Ende April, eine stark ausgebaute Parlamentsmehrheit erhoffen. Die Premierministerin setzt im Wahlkampf darauf, die Wahl zu einer Abstimmung über den Brexit und seine Umsetzung machen zu können. Überraschend erfolgreich hat Corbyn, trotz seiner schlechten persönlichen Umfragewerte, und auch gegen das im Wahlkampf anhaltende Störfeuer aus der eigenen Parlamentsfraktion, nun in den letzten Wochen die Debatte auf innen- und sozialpolitische Fragen gelenkt. Tausende Menschen strömen in England zu seinen öffentlichen Wahlkampfauftritten, in den Altersgruppen bis 45 liegt Labour klar voran, der enorme Rückstand bei den älteren WählerInnen droht aber, wie schon beim Brexit, auch bei den Parlamentswahlen den Ausschlag zu geben.

Auch wenn dieser Wahlgang mit ziemlicher Sicherheit mit einer Bestätigung von Theresa May im Amt endet, ist die Dynamik, die Labour gerade unter jungen Menschen mit einem ehrlichen sozialdemokratischen Wahlprogramm erzeugt, bemerkenswert. Denn dieses Programm hat nichts Radikales, in vielen Punkten trifft es sich mit den Vorstellungen des Plan A von Österreichs Bundeskanzler Christian Kern. Aber es verdichtet eine Reihe eingängiger Forderungen zu einer Vision einer verwirklichtbaren, besseren Gesellschaft: »For the many, not the few!«

## VORWORT

Zu den Hauptaufgaben eines Parteichefs zählt es, Menschen im ganzen Land zu treffen und eine breite Palette an Meinungen und Ideen zur Zukunft Großbritanniens zu hören. Mich erinnern diese Begegnungen daran, dass unser Land ein Ort

für dynamische, großzügige und kreative Menschen mit enormem Potenzial ist.

Aber ich habe auch weit weniger positive Stimmen gehört. Das motiviert uns in der Labour Party für die wirkliche Veränderung zu arbeiten, die wir in diesem Programm skizzieren. Es gibt wachsende Besorgnis und Frustration in unserem Land: Konfrontiert mit einem fallenden Lebensstandard, wachsender Unsicherheit am Arbeitsplatz und kaputtgesparten öffentlichen Diensten, geraten viele Menschen unter immer größeren Druck. Junge Menschen werden durch Verschuldung und enorme Wohnkosten in ihrer persönlichen Entfaltung zurückgehalten. Ganze Familien werden von dem Leben zurückgehalten, auf das sie immer hingearbeitet haben.

Ich höre ständig vom wachsenden Druck am Arbeitsplatz. Konfrontiert mit ständigen Kürzungen und Einmischungen wird unsere Polizei, werden unsere Krankenschwestern, ÄrztInnen, LehrerInnen und öffentlich Bediensteten dabei zurückgehalten, die Dienstleistung zu erbringen, für die sie arbeiten.

ArbeiterInnen werden durch fallende Löhne und Jobunsicherheit von ihrer Zukunft zurückgehalten. Unsere Unternehmer und Manager werden zurückgehalten, ihre Unternehmen zu expandieren. Wenn Sie immer mehr für immer weniger leisten sollen, dann sind Sie nicht allein.

Jede Wahl erfordert eine Entscheidung. Was diese Wahl anders macht ist, dass sie wichtiger ist als je zuvor. Sie können »more of the same« wählen: Die Reichen werden reicher, mehr Kinder leben in Armut, unser Nationales Gesundheitssystem (NHS) versagt und unsere Schulen und sozialen Dienste in einer Krise.

Oder Sie können die Partei wählen, die einen Plan hat, all das zu ändern: die Labour Party.

Großbritannien ist das fünftreichste Land der Welt. Aber das bedeutet nichts für die vielen Menschen, die diesen Reichtum nicht teilen. Viele Menschen haben das Gefühl, dass das System manipuliert ist und gegen sie arbeitet. Dieses Programm zeigt, was dagegen getan werden kann.

Großbritannien muss einen Brexit-Deal verhandeln, der unsere Wirtschaft und unseren Lebensstandard oberste Priorität einräumt. Mit leeren Sprüchen und Getue ist es nicht getan. Wir können unsere Beziehungen zu unseren wichtigsten

Handelspartnern nicht einfach so aufs Spiel setzen. Stattdessen brauchen wir einen Brexit, der unsere Jobs an die erste Stelle reiht und der es uns erlaubt, unserer Wirtschaft ein Upgrade für das 21. Jahrhundert zu ermöglichen.

Labour wird in innovative Jobs und Industrien der Zukunft investieren, um das Leben aller zu verbessern. Deshalb legen wir mit diesem Programm einen voll finanzierten Plan für ein Upgrade unserer Wirtschaft vor. Von Kinderbetreuung bis Verkehr, von Wohnen bis zum lebenslangen Lernen, Labour versteht, wie eine erfolgreiche Wirtschaft von öffentlichen Dienstleistungen abhängt, die uns allen helfen.

Diese Wahl entscheidet darüber, was für eine Art von Land wir nach dem Brexit sein wollen. Ist es ein Land, in dem die Mehrheit der Menschen von ihrem Glück abgehalten werden, weil sie nur damit beschäftigt sind, irgendwie durchzukommen? Das ist nicht das Großbritannien, das Labour zu verwirklichen entschlossen ist.

Schaffen wir ein gerechteres Großbritannien, das niemanden bremst und zurückhält. Ein Land, in dem jede und jeder im Leben weiterkommen kann, Sicherheit am Arbeitsplatz und daheim spürt, ordentlich für die geleistete Arbeit bezahlt wird, und das eigene Leben mit der verdienten Würde leben kann. Schaffen wir ein Land, in dem Wohlstand investiert wird, um allen die besten Chancen zu geben, ein Land, das Wohnungen und Häuser errichtet, die wir mieten oder kaufen wollen, das durch mehr PolizistInnen für Sicherheit vor Ort sorgt, das den Schulen unserer Kinder die dringend benötigten Finanzmittel zugesteht und das unser Nationales Gesundheitssystem wieder zu einem Vorbild macht, um das uns die Welt beneidet.

Lassen Sie nicht zu, dass die Konservativen Großbritannien weiter bremsen und zurückhalten.

Ihr  
Jeremy Corbyn

## **SCHAFFEN WIR EINE WIRTSCHAFT, DIE ALLEN DIENT**

Labours wirtschaftspolitische Strategie zielt auf eine gerechte, prosperierende Gesellschaft für alle, nicht nur für einige Wenige. Wir messen wirtschaftlichen Erfolg nicht an der Zahl der Milliardäre, sondern daran, ob das Leben der Menschen bereichert wird.

Labour versteht, dass die Schaffung von Wohlstand eine gemeinsame Anstrengung von ArbeitnehmerInnen, Unternehmern, Investoren und der Regierung ist. Jeder trägt dazu bei, jeder muss einen fairen Anteil erhalten.

Dieses Programm beschreibt Labours Plan, um unserer Wirtschaft ein Upgrade zu geben und die Regeln eines Systems in Schieflage neu zu schreiben, damit unsere Wirtschaft allen dient und nicht nur einigen Wenigen. Großbritannien ist die einzige hochentwickelte Volkswirtschaft der Welt, in der die Einkommen selbst nach der Rückkehr des Wirtschaftswachstums gesunken sind. Die meisten arbeitenden Menschen in Großbritannien verdienen netto heute weniger als vor zehn Jahren. Viel zu viele von uns arbeiten im Niedriglohnsektor ohne jede Beschäftigungssicherheit. Viel zu viele von uns fürchten heute, dass unsere Kinder nicht die Chancen haben werden, die wir hatten. Labour wird diese Entwicklung umkehren! Wir werden unsere Wirtschaft upgraden, wir werden Grenzen niederreißen, die viele von uns bremsen und zurückhalten, wir werden den Gender Pay Gap überwinden. Unser National Transformation Fonds wird Investitionen in allen Teilen Großbritanniens tätigen, die wir brauchen, damit wir unser Potenzial nutzen und den Rückstand der letzten Jahre aufholen können. Unsere Industrie-Strategie wird Unternehmen unterstützen, um neue, hochqualifizierte, gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze in den Zukunftsbranchen wie den erneuerbaren Energien im ganzen Land zu schaffen.

Wir werden einem Finanzsystem ein Ende setzen, das zu Gunsten einiger weniger manipuliert ist und wir werden die Verhältnisse in der Finanzwirtschaft ändern, um sie zum öffentlichen Wohl zu nutzen. Dabei werden wir kleine Unternehmen ins Zentrum unserer wirtschaftlichen Strategie stellen.

Das durch unseren Nationalen Investitionsplan erzeugte Wachstum [...] wird gute Arbeit schaffen, den Lebensstandard erhöhen und die öffentlichen Finanzen verbessern. Es ist ein Plan, der Labours Vision einer Wirtschaft verwirklichen wird, die allen dient – und nicht einigen wenigen.

## EIN GERECHTES STEUERSYSTEM

Steuern sind notwendig, um Wachstum zu ermöglichen. Wir alle profitieren von einer gesunden, gut ausgebildeten Bevölkerung mit Zugang zu öffentlichen Diensten und guten Wohnungen. Wir sind davon überzeugt, dass ein Beitrag zu einem gerechten Steuersystem eine gesellschaftliche Verpflichtung ist und dem Gemeinwohl dient. Wir werden Steuervermeidung

gesellschaftlich durch ein Steuertransparenzprogramm ächten und Steuerschlupflöcher schließen. Eine Labour-Regierung wird aber die Einkommenssteuer für 95% der Bevölkerung, die Sozialversicherungsbeiträge oder die Mehrwertsteuer nicht erhöhen. Wir werden aber die bestverdienendsten 5% bitten, mehr beizutragen, um die Verbesserung unserer öffentlichen Dienstleistungen zu finanzieren [...]

Die Körperschaftssteuer im Vereinigten Königreich zählt zu den niedrigsten unter den entwickelten Volkswirtschaften. Wir werden große Konzerne bitten, etwas mehr zu zahlen[...]Dafür werden wir die Bildungsausgaben erhöhen und damit auch dazu beitragen, dass Unternehmen die qualifizierten Arbeitskräfte finden, die sie brauchen. Dabei werden wir kleine Unternehmen durch die Einführung eines niedrigeren Steuersatzes für kleine Unternehmen, durch eine Erleichterung bei Berichtspflichten und durch Maßnahmen gegen verspätete Bezahlung von Rechnungen begünstigen.

Labour wird die Finanzbehörden mit den benötigten Ressourcen ausstatten, um hart gegen skrupellose Steuerhinterzieher vorzugehen, die sich den Pflichten entziehen wollen, die wir alle zu erfüllen haben.

## SOLIDE FINANZEN

Alle Ausgaben in diesem Programm sind voll gegenfinanziert. Laufende Ausgaben müssen durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Gute öffentliche Dienstleistungen beruhen auf soliden Finanzen. Labour hat sich daher zum Ziel gesetzt, das Defizit der Regierung bei den laufenden Ausgaben in den nächsten fünf Jahren zu beseitigen.

Die Regierung muss aber nicht nur die Ausgaben im Blick haben, wie wir Geld ausgeben, sie muss auch sicherstellen, wie unser Wohlstand verdient wird. Während wir das laufende Defizit reduzieren werden, wollen wir gleichzeitig in unsere Zukunft investieren, um das Wachstum zu erhöhen und den Wohlstand unseres Landes zu vermehren. Unsere »Fiscal Credibility rule« basiert auf dem einfachen Prinzip, dass die Regierung nicht für laufende Ausgaben Kredite aufnehmen soll, aber unser Wachstum davon abhängt, dass wir investieren. Sie wurde von weltweit führenden ÖkonomInnen entwickelt und wird dazu beitragen, dass unsere Staatsschulden in den nächsten fünf Jahren sinken werden [...]

## INVESTITIONEN IN UNSERE INFRASTRUKTUR

Unser Land und seine BewohnerInnen wurden in den letz-



ten Jahren durch fehlende Investitionen in das Rückgrat einer modernen Wirtschaft – Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur – gebremst. Labour wird andere Prioritäten setzen. Wir werden die rekordhaft niedrigen Zinsen für einen National Transformation Fonds nutzen, der in den nächsten zehn Jahren 250 Mrd. Pfund in das Upgrade unserer Wirtschaft investieren wird. Wir werden das große Potenzial aller Teile unseres Landes nutzen. Wir werden Gemeinden wieder zukunftsfit machen, die in den letzten Jahren durch Auswirkungen der Globalisierung devastiert und von der Regierung sich selbst überlassen wurden. Wir werden unsere Wirtschaft wieder auf- und umbauen, damit sie allen dient und nicht nur einigen wenigen. Wir werden Regeln schaffen, um sicherzustellen, dass die Investitionen allen Regionen und allen Nationen des UK zugute kommen. Und wir werden Grenzen niederreißen, die viel zu viele Menschen gebremst und zurückgehalten haben.

Eine Labour-Regierung wird die Hochgeschwindigkeitsstrecke von London nach Birmingham, Leeds, Manchester und dann nach Schottland fertigstellen [...]

Wir werden alle Bahnstrecken elektrifizieren [...] Wir werden unser Energiesystem umbauen und in erneuerbare Energien und Niedrig-co<sup>2</sup>-Gaskraftwerke investieren. Wir werden superschnelles Breitband-Internet bis 2022 im ganzen Land verfügbar machen. Wir werden die Netzabdeckung verbessern und Gratis-Wifi in Städten und in öffentlichen Verkehrsmitteln ausbauen. Wir werden die Nationale Infrastruktur-Kommission damit beauftragen, einen Plan für den landesweiten Ausbau von »ultraschnellem« Internet innerhalb des nächsten Jahrzehnts auszuarbeiten.

## **EIN UPGRADE FÜR UNSERE WIRTSCHAFT: LABOURS INDUSTRIE-STRATEGIE**

Unsere Wirtschaft leidet unter jahrelanger Vernachlässigung durch eine Regierung, die sich geweigert hat, Industrie, Unternehmen und ArbeitnehmerInnen zu unterstützen. Dieses verschwendete Potenzial bremst uns. Ungleichheit hat drastisch zugenommen in einer Wirtschaft, die Richtung Niedriglohnsektor abgedriftet ist.

Großbritanniens industrielle Basis wurde geschwächt, wir haben viel zu stark auf den in London und im Südosten konzentrierten Finanzsektor gesetzt. Während der Südosten mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpft, wurden viele Orte im Norden und an den Küsten sich selbst überlassen. Dass

es nicht gelingt, alle regionalen und lokalen Ökonomien in Schwung zu bringen ist an der Leistungsbilanz, dem schwachen Produktivitätswachstum und der Unterinvestition in Infrastruktur klar erkennbar. [...]

Unsere Industrie-Strategie wird auf klar messbaren Projekten aufbauen, die die großen Herausforderungen unserer Zeit angehen werden.

Unsere ersten Projekte werden sein:

- Umstellung unserer Energieproduktion, damit bis 2030 60% unserer Energie CO<sup>2</sup>-neutral oder aus erneuerbaren Energien erzeugt werden
- Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% des BIP bis 2030
- Großbritannien zur Innovationsnation mit dem höchsten Anteil an hochqualifizierten Jobs in der OECD machen[...]
- Stärkung von UK-Wertschöpfungsketten durch gezielte öffentliche Förderung
- Sicherung des Handels durch einen Brexit-Deal, der Wirtschaft und Arbeitsplätze an erste Stelle reiht
- Schaffung eines eigenen Councils für jede strategisch wichtige Industrie nach dem Vorbild des Automotive Councils
- Förderung privater Investitionen durch Investitionsfreibeträge
- Verknüpfung von öffentlichen Aufträgen mit der Erfüllung sozialer Standards wie der Einhaltung von Steuer- und Arbeitsrecht, der Zulassung von Gewerkschaften, pünktlicher Zahlung an Auftragnehmer und einer Obergrenze von Managementgehältern in der Höhe des 20fachen des niedrigsten Lohns
- Schaffung eines digitalen Botschafters, um gemeinsam mit Technologieunternehmen Großbritannien als Standort für Investitionen zu bewerben und die Expansion von Start-Ups zu unterstützen.

## **UMBAU UNSERERS FINANZSYSTEMS**

Ein Jahrzehnt nach der großen Finanzkrise bremst unser Finanzsystem noch immer viele kleine Unternehmen und Gemeinden. Labour wird unser Finanzsystem umbauen. Nach dem Vorbild Deutschlands und der skandinavischen Staaten werden wir eine Nationale Investitionsbank einrichten, um 250 Mrd. Pfund an privatem Kapital für Investitionskredite bereitzustellen. Diese neue öffentliche Einrichtung wird ein Netzwerk regionaler Entwicklungsbanken unterstützen, die anders als gigantische Londoner Geschäftsbanken das Ziel

verfolgen werden, das Wirtschaftswachstum in ihren Gemeinden und Regionen zu unterstützen. Die Entwicklungsbanken werden zur Deckung der Krediterfordernisse von Kleinunternehmen, Genossenschaften und innovativen Projekten im ganzen Land dienen. [...]

Labour wird eine Feuermauer zwischen Geschäfts- und Investmentbanken errichten, um KonsumentInnen vor Spekulationsgeschäften zu schützen. Wir werden die staatliche Royal Bank of Scotland neu aufstellen und eine Konsultation zur Möglichkeit der Aufteilung in lokale, öffentliche Sparkassen einleiten. [...]

Wir werden durch gesetzliche Maßnahmen ein diverses, gesellschaftlich nützlich Bankensystem durchsetzen, das sich an den Bedürfnissen der KundInnen orientiert und gleichzeitig einen fairen Anteil der öffentlichen Hand an den Gewinnen des Finanzsektors sicherstellt. [...]

## DAS EIGENTUM AN UNSERER WIRTSCHAFT BREITER AUFSTELLEN

Großbritannien ist seit langem ein demokratisches Land. Aber die Verteilung des Eigentums in unserer Wirtschaft führen dazu, dass wichtige Entscheidungen in unserer Wirtschaft oft nur von einer kleinen Elite getroffen werden. Mehr demokratische Eigentümerstrukturen würden dazu beitragen, dass die Wirtschaft allen dient und zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstands führen.  
[...]

Wir wollen den Anteil des gemeinwirtschaftlichen Sektors verdoppeln und allen ArbeitnehmerInnen ein Vorkaufsrecht an ihren Unternehmen einräumen, wenn es zum Verkauf steht. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um klarzustellen, dass die Erbringung öffentlicher Dienstleistung durch öffentliche Einrichtungen erste Wahl ist und »Insourcing« statt »Outsourcing« erfolgen soll.

Privatisierungen öffentlicher Güter und Dienstleistungen haben oftmals zu höheren Preisen bei schlechterer Qualität geführt. Wasserpreise sind seit der Privatisierung um 40% gestiegen, private Energiebetreiber haben 2015 ihren KundInnen 2 Mrd. Pfund zuviel in Rechnung gestellt. Royal Mail hat nach der Privatisierung unmittelbar die Preise erhöht und ihre Kundenservice-Verpflichtungen missachtet, während die Aktienpreise gestiegen sind. [...]

Überall in der Welt werden öffentliche Dienste wieder in öffentliches Eigentum übergeführt. Labour wird aus diesen Prozessen lernen und wichtige Versorgungsunternehmen wieder in öffentliches Eigentum überführen, um Preise zu senken und nachhaltig zu wirtschaften. Wir werden:

- Private Bahnunternehmen bei Auslaufen der Franchise-Verträge wieder in öffentliches Eigentum überführen
- Öffentliche Kontrolle über regionale Energieversorgungsnetze wieder herstellen [...]
- Unser funktionsuntüchtiges Wasserversorgungssystem durch ein Netz regionaler öffentlicher Wasserversorgungsunternehmen ersetzen
- Die Privatisierung von Royal Mail so schnell als möglich rückgängig machen  
[...]

## BREXIT-VERHANDLUNGEN

Labour akzeptiert das Ergebnis des Referendums und wird die nationalen Interessen wahren. Wir werden Jobs und Lebensstandards oberste Priorität einräumen, enge Beziehungen mit der EU herstellen, ArbeitnehmerInnenrechte und Umweltstandards wahren, die Rechte von EU-BürgerInnen garantieren und das Parlament laufend am Verhandlungsprozess beteiligen.

Wir werden Theresa May's rücksichtsloses Vorgehen beim Brexit beenden und werden das Land bei den Verhandlungen über einen Brexit um eine Position einbringen, die für alle tragbar ist, statt das Land zu spalten. Wir werden bei den Verhandlungen den Fokus darauf legen, die Vorteile des gemeinsamen Marktes und der Zollunion zu bewahren, um die Interessen unserer Industrien, unserer Arbeitsplätze und unserer Unternehmen zu wahren. Für uns werden Arbeitsplätze und die Wirtschaft immer Vorrang haben. Labour wird die Rechte aller EU-BürgerInnen, die in Großbritannien leben garantieren und umgekehrt die Rechte aller britischen BürgerInnen in der EU sichern. EU-BürgerInnen, die bei uns leben, tragen nicht nur zu unserer Gesellschaft bei, sie sind Teil unserer Gesellschaft und keine Spielsteine auf dem Brexit-Spielplan der Premierministerin. [...]

Für Labour ist ein Brexit ohne Verhandlungsergebnis keine Option. [...]

Wir werden die Great Repeal Bill der Konservativen rückgängig machen und durch eine an EU Rights and Protections Bill ersetzen, die sicherstellen wird, dass es keinen Abbau bei ArbeitnehmerInnenrechten, beim Gleichbehandlungsrecht,

beim KonsumentInnenschutz oder bei Umweltstandards geben wird, wie es viele Brexiteers der Konservativen wünschen [...]

## ZUWANDERUNG

Labour will faire Regeln und ein vernünftiges Management der Zuwanderung. In den Brexitverhandlungen sind Wachstum und Arbeitsplätze unsere Priorität und stehen dazu, dass wir diese Ziele über Scheinobergrenzen für Zuwanderung stellen. Die Personenfreizügigkeit wird enden, wenn wir die EU verlassen. Großbritanniens Zuwanderungssystem wird sich verändern, aber wir werden MigrantInnen nicht zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschaftspolitik machen. [...]

Wie auch immer ein künftiges Handelsabkommen aussehen wird, werden wir neue Zuwanderungssysteme brauchen, die fair und transparent sein werden und die wir mit den Sozialpartnern ausarbeiten werden. [...]

Labour wird alle ArbeitnehmerInnen schützen, die bereits hier arbeiten, unabhängig von ihrer Herkunft. [...] Wir werden entschiedene Maßnahmen ergreifen, um die Ausbeutung migrantischer ArbeitnehmerInnen und Lohndumping zu beenden. Wir werden Maßnahmen gegen skrupellose Arbeitgeber ergreifen, die Rekrutierung ganzer Belegschaften im Ausland stoppen, Kontrollen der Arbeitsinspektorate ausweiten und Strafen für Unternehmen, die den Mindestlohn verletzen, erhöhen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir Ausbeutung am Arbeitsplatz beenden. Labour weiß den Beitrag migrantischer ArbeitnehmerInnen zu schätzen... [...]

Um den Herausforderungen für öffentliche Dienste in Gemeinden mit starker Zuwanderung gerecht zu werden, werden wir den Migrant Impact Fund einrichten, um diesen Gemeinden dabei zu helfen, die in den letzten Jahren gekürzten öffentlichen Dienstleistungen wieder auszubauen. Wir werden nicht dabei mitmachen, öffentliche Dienste zu kürzen und die Schuld dafür dann MigrantInnen in die Schuhe zu schieben. [...]

Flüchtlinge sind keine MigrantInnen [...] Anders als die Tories werden wir an der stolzen britischen Tradition festhalten, internationales Recht einzuhalten und unsere moralische Verpflichtung durch Übernahme eines gerechten Anteils an Flüchtlingen zu erfüllen [...]

## EIN NATIONALES BILDUNGSSYSTEM

Bildung ermöglicht uns erst, unser ganzes Potenzial auszu-

schöpfen. Wenn unser Bildungssystem versagt, bremst es nicht nur den Einzelnen, es hält uns als ganze Gesellschaft zurück. Investitionen in das Wissen und die Fähigkeiten von Menschen macht uns als Gesellschaft reicher und stärker. Gerade in Zeiten, in denen sich das Arbeitsleben rapide verändert, hat die Regierung die Verpflichtung, allen Menschen ein Leben lang Zugang zu Bildung zu geben.

Zu diesem Zweck wird Labour ein einheitliches Nationales Bildungssystem (NES) für England schaffen, um von der Krippe bis zur Bahre einen kostenfreien Zugang zu Bildung sicherzustellen.[...]

Als Labour 1945 das Nationale Gesundheitssystem (NHS) einrichtete, schuf es eine der zentralen Institutionen für soziale Gerechtigkeit im 20. Jahrhundert. Das NES wird dasselbe für das 21. Jahrhundert leisten. Es wird Menschen Vertrauen und Hoffnung geben, indem es Bildung zu einem Recht, nicht zu einem Privileg macht und Brücken baut, wo die Konservativen Hürden aufstellen. [...]

## GERECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN

Arbeit sollte Menschen mit Sicherheit und Selbstvertrauen erfüllen. Aber viele Menschen arbeiten in unsicheren Jobs, von denen sie nicht leben können. Die Tories bejubeln den Anstieg der Beschäftigung, aber unser Arbeitsmarkt versagt. Reallöhne sind heute niedriger als vor zehn Jahren und Jobs finden sich heute immer mehr im Niedriglohnssektor.

Labour wird durch ein neues Arbeitsministerium die Rechte von ArbeitnehmerInnen durchsetzen und ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften stärken, weil wir stärker sind, wenn wir zusammenstehen. Wir werden Gewerkschaften den Zugang zu Unternehmen erleichtern, damit mehr ArbeitnehmerInnen den Schutz durch Gewerkschaften in Anspruch nehmen können.

Labour wird einen 20-Punkte-Plan für Gerechtigkeit und Gleichstellung am Arbeitsplatz durchsetzen:

- Gleiche Rechte für Teilzeit- und LeiharbeiterInnen
- Verbot der »Zero-Hour-Contracts« [Arbeitsverträge ohne fix vereinbartes Arbeitszeitausmaß]
- Ein Lohndumping-Bekämpfungsgesetz
- Rücknahme des gewerkschaftsfeindlichen Trade Union Acts und Wiedereinführung branchenweiter Kollektivverträge
- Vier neue öffentliche Feiertage

- Erhöhung des Mindestlohns auf 10 Pfund/Stunde bis 2020
- Einführung einer 20:1-Grenze für Managementgehälter im öffentlichen Dienst und bei Auftragnehmern der öffentlichen Hand
- Stärkung der Gleichbehandlungsbeauftragten in den Betrieben
- Ausweitung des Gleichbehandlungsrechts  
[...]

## WOHNRAUM FÜR ALLE

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Unser Zuhause ist der Ort, wo wir mit unseren Familien leben, der Ankerpunkt für unsere Träume und Hoffnungen. Viel zu viele Menschen leiden unter der Wohnungskrise – einer Krise des fehlenden Angebots und überhöhter Preise.

Seit 2010 ist die Zahl der neuerrichteten Wohneinheiten auf das niedrigste Niveau seit den 1920er-Jahren gefallen. Mieten steigen rasant, die Zahl der HausbesitzerInnen hat sich um 200.000 reduziert und die Errichtung leistbarer Wohnungen ist auf ein 24-Jahre-Tief gefallen.

Das muss nicht so sein: Labour wird in den nächsten fünf Jahren in über eine Million neuer Wohneinheiten investieren. Wir werden 100.000 leistbare Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen pro Jahr errichten. Ein neues Wohnbauministerium wird sicherstellen, dass Wohnbau der Deckung von Wohnbedürfnissen für alle dient und nicht Profitmöglichkeiten für einige wenige darstellt. [...] Labour wird aber nicht nur mehr, sondern auch besser bauen und Mindestwohnungsgrößen festlegen, in Wärmedämmung investieren und Wohnungen gezielt auch auf für Bedürfnisse älterer Menschen einrichten.[...]

## NHS

Trotz Weltkrieg und nationalem Bankrott konnte Labour 1945 die Ressourcen bereitstellen, um ein Nationales Gesundheitssystem mit umfassenden, kostenlosen Gesundheitsleistungen für alle zu etablieren. Wir werden daher auch im 21. Jahrhundert sicherstellen, dass PatientInnen die hochqualitative Behandlung erhalten, die sie verdienen. [...] Wir werden einen Zugang zu jeder Behandlung innerhalb von 18 Wochen garantieren und dadurch die Wartelisten des NHS bis 2022 um eine Million PatientInnen verkürzen. [...] Wir werden garantieren, dass alle PatientInnen längstens innerhalb von vier Stunden in einer Ambulanz untersucht werden können und wir werden das NHS ausreichend finanzieren, um den routi-

nemäßigen Bettenmangel in Spitälern zu beenden. [...] Wir werden neben der unmittelbaren medizinischen Betreuung auf nachbarschaftsorientierte Gesundheitsarbeit setzen und verstärkt soziale Betreuung und psychische Gesundheit berücksichtigen. [...]

## EIN NATIONALER PFLEGEDIENST

Unser Pflegesektor befindet sich in der Krise, mit weitreichenden Folgen für die Qualität der Pflege, den öffentlichen Haushalten, der Belastung pflegender Angehöriger und der Verzögerung bei der Entlassung pflegebedürftiger PatientInnen ohne medizinische Behandlungserfordernisse aus Spitälern. Pflegedienste wurden in den letzten Jahren langsam, aber kontinuierlich privatisiert. 10% der 65-Jährigen hat Pflegekosten iHv über 100.000 Pfund zu tragen gehabt. Die Konservativen haben trotz steigender Nachfrage die Pflegebudgets um 4,6 Mrd. Pfund gekürzt. [...]

Labour wird in dieser Legislaturperiode den Grundstein für einen Nationalen Pflegedienst legen. Unser erster Schritt wird sein, den Pflegenotstand durch eine Erhöhung der Budgets um 8 Mrd. Pfund zu begegnen. Damit wollen wir den Anbietern von Pflegedienstleistungen ermöglichen, einen angemessenen Lohn zu zahlen und gleichzeitig die Leistungsqualität aufrechtzuerhalten. [...]

Diese kurzfristigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die langfristigen Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Daher wollen wir neben dem Nationalen Gesundheitssystem ein Nationales Pflegesystem implementieren. [...]

## KULTUR FÜR ALLE

Großbritanniens Kreativindustrie ist ein Vorbild für die ganze Welt. [...] Wenn Großbritannien die EU verlassen wird, wird unsere Kreativwirtschaft eine wichtige Rolle in den Verhandlungen und unserer künftigen Industriestrategie spielen. Wir müssen mehr dafür tun, Kunst und die Kreativindustrie für alle zu öffnen. Wir werden einen Cultural Capital Fund in Höhe von 1 Mrd. Pfund einrichten, um unsere kulturelle Infrastruktur für das digitale Zeitalter fit zu machen und in Kreativcluster nach dem Vorbild von Wirtschaftsparks zu investieren. [...] Wir werden 160 Mio. für Kulturprojekte an Schulen zur Verfügung stellen. [...]

## SPORT

Sport muss den Interessen aller, die ihn betreiben wollen und ihn lieben, dienen und nicht nur ein paar wenigen Privilegierten.

Wir wollen Fans größeren Einfluss auf ihre Clubs geben. Fanclubs sollen die Möglichkeit erhalten, ClubfunktionärInnen mitzubestimmen und ein Vorkaufsrecht erhalten, wenn der Club verkauft werden soll. [...] Labour wird sicherstellen, dass fünf Prozent der Fernseheinnahmen der Clubs der Premier League für die Jugendarbeit und den Breitensport verwendet wird [...]

## AUSBAU DER DEMOKRATIE

Wenn wir unsere Beziehungen zu Europa neu regeln, müssen wir auch unsere Verfassung neu justieren. Wenn viele Menschen das Gefühl hatten, dass Brüssel zuviel zentralisierte und unkontrollierte Macht hatte, dann gilt für viele das Gleiche auch für Westminster.

Eine Labour-Regierung wird daher einen Verfassungskonvent einberufen, um Empfehlungen für eine Erweiterung demokratischer Rechte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auszuarbeiten [...] Wir sind überzeugt, dass die zweite Parlamentskammer demokratisch gewählt werden sollte. In einer Übergangsperiode wollen wir die Größe des House of Lords reduzieren und die Erblichkeit von Sitzen abschaffen. [...]

Wir werden unsere Demokratie durch ein schärferes Lobbyisten-Registrierungsgesetz schützen [...]

## FRAUEN

Fortschritte für Frauen in Großbritannien und weltweit wurden von Frauen erkämpft und durchgesetzt, die gemeinsam für echte Veränderung gearbeitet haben und dabei hartnäckige Widerstände und oft auch Übergriffe überwinden mussten. Labour hat eine stolze Geschichte, Gleichstellungsrechte durchgesetzt zu haben.

Eine Labour-Kabinettsmitglieder werden zu 50% aus Frauen bestehen und Ungleichheit und Frauenfeindlichkeit entschieden bekämpfen. Eine Labour-Regierung wird für alle Gesetzesprojekte ein Gender-Audit einführen. Labour verteidigt weiterhin das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und wird die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs gemeinsam mit dem Regionalparlament auf Nordirland auszuweiten versuchen.

Labour wird eine/n Regierungsbeauftragten gegen Gewalt an Frauen einsetzen, der/die auch für die zentrale Finanzierung und Koordinierung der Arbeit von Frauenhäusern zuständig sein wird.

Labour wird die Gerichtsgebühren in Arbeitsrechtssachen aufheben, um den Zugang zum Recht zu erleichtern. 54.000 Schwangere und junge Mütter wurden 2015 aus ihren Jobs gedrängt, Labour wird es durch eine Verlängerung von Klagsfristen erleichtern, gegen diese Diskriminierung vorzugehen. Labour wird verpflichtende Kontrollen des Arbeitsinspektorats am Arbeitsplatz schwangerer Frauen einführen, um sicherzustellen, dass der Arbeitsplatz allen gesundheitlichen Ansprüchen für Mutter und Kind entspricht. [...]



**LUDWIG DVOŘÁK**

ist Gf. Chefredakteur.

Der vorliegende Text stellt eine auf rund ein Fünftel gekürzte Übersetzung des Wahlprogramms der Labour Party »For the many, not the few« dar. Das vollständige Programm kann gemeinsam mit der Übersicht über die geplanten Gegenfinanzierungen unter <http://www.labour.org.uk/index.php/manifesto2017> abgerufen werden.



Sander Burger, Alice Cares  
2015; Filmstill © KeyDoc/Alice Cares

**HELLO,  
ROBOT**  
MAK



# IS, Normopathen & Adam Smith



## Joby Warrick SCHWARZE FLAGGEN

Warum sind es so viele, die sich dem IS anschließen? Und was hat das noch mit Religion zu tun? Diesen Fragen ist der Reporter und zweifache Pulitzer-Preisträger Joby Warrick nachgegangen; er hat Gefängnisse besucht, mit Beamten, Terroristen und Agenten gesprochen. Der Blick auf die Wurzeln des IS zeigt, welche neue Kraft – anstelle der Religion – den Terror heute antreibt.

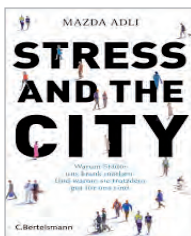
THEISS, 396 Seiten, 23,60 Euro



## Hans-Joachim Maaz DAS FALSCHLE LEBEN

Ein Normopath ist stets normal und angepasst, sein Verhalten überkorrekt und überkonform. Die Zwanghaftigkeit, mit der er den Erwartungen entspricht, verrät, dass er ein falsches, ein unechtes Leben führt. Krank ist nicht nur er, sondern vor allem die Gesellschaft, in der er lebt und deren Anpassungsdruck er sich unterwirft – bis er die Gelegenheit gekommen sieht, seine aufgestaute Wut abzureagieren.

C. H. BECK, 256 Seiten, 17,50 Euro



## Mazda Adli STRESS AND THE CITY

Machen Städte krank? Macht nur Land- leben glücklich? Der Arzt und Psychiater Mazda Adli fragt, ob uns sozialer Stadtstress krank machen kann. Urbanisierung, so sein Fazit, wird sich für unsere Gesundheit als mindestens so relevant erweisen wie der Klimawandel. Gesunde Städte zu formen wird deshalb eine immer dringendere sozial- und gesundheitspolitische Notwendigkeit.

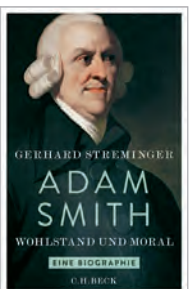
BERTELSMANN, 384 Seiten, 20,60 Euro



## Ulrike Guérot DER NEUE BÜRGERKRIEG

Die von den Rechtspopulisten angestrebte Rückkehr zu nationalstaatlicher Konkurrenz kann nicht die Lösung sein. Ulrike Guérot plädiert für einen radikalen Neuanfang: Dem gemeinsamen Markt und der gemeinsamen Währung muss endlich eine gemeinsame europäische Demokratie folgen. Nur so können wir das weltoffene Europa bewahren, das die Mehrheit der Europäer nach wie vor will.

PROPYLÄEN, 96 Seiten, 8,30 Euro



## Gerhard Streminger ADAM SMITH

Friedrich Engels nannte Adam Smith den »ökonomischen Luther«. Smith war nicht nur Wirtschaftstheoretiker, der die zentrale Rolle des Marktes betonte, sondern auch Moralphilosoph. Deshalb plädierte Smith auch dafür, der Unsichtbaren Hand des Marktes unter bestimmten Umständen »in den Arm zu fallen«. Das ist dann die Sichtbare Hand des Staates, etwa durch aufgeklärte Bildung und Arbeiterschutz.

C. H. BECK, 254 Seiten, 25,70 Euro



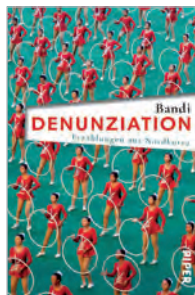
## Jürgen Osterhammel DIE FLUGHÖHE DER ADLER

Jürgen Osterhammel geht einer verbreiteten »Denkfigur« des 21. Jahrhunderts, der Globalisierung, genauer auf den Grund und stellt die grundsätzliche Frage nach den Maßstäben und Methoden ihrer Vorgeschichte. Wer die Vergangenheit verstehen will, der der »Flughöhe der Adler«: In seiner großen Höhe hat er den weiten Überblick und behält dennoch die Details am Boden fest im Auge.

C. H. BECK, 300 Seiten, 20,60 Euro



# Nordkorea, Südtirol & Altersheim



**Bandi**  
DENUNZIATION

Aus dem Koreanischen von Ki-Hyang Lee. Bandi ist das Pseudonym des ersten literarischen Dissidenten aus Nordkorea. Sein Buch ist die Sammlung von sieben Geschichten, die in den Neunzigerjahren geschrieben wurden. Der Autor erzählt von Leben, die vom totalitären Regime durchdrungen sind. Der Autor der Geschichten klagt an, und er macht keinen Hehl aus seiner Wut auf das Regime.

PIPER, 224 Seiten, 20,60 Euro



**Norbert C. Kaser**  
MEIN HASSGELIEBTES BRUNECK

Herausgegeben von Joachim Gatterer. Zu Lebzeiten galt der mit 31 Jahren verstorbene Schriftsteller in seiner Heimatstadt Bruneck als gescheiterte Existenz. Seine Gedichte, Glossen, Streitschriften und Briefe sind Momentaufnahmen eines Außenseiters. Mit zeitgenössischen Fotografien fügen sie sich zum Porträt einer Kleinstadt, in der sich manches in Bewegung setzte und einer unter die Räder kam.

HAYMON, 216 Seiten, 18,60 Euro



**Rachel Kushner**  
TELEX AUS KUBA

Aus dem Amerikanischen von Bettina Abarbanell. Hier sind sie alle versammelt – die Castros, Che Guevara, der Diktator Batista und US-Präsident Eisenhower. Aber erzählt wird die Geschichte hauptsächlich von zwei Jugendlichen, die füreinander bestimmt zu sein scheinen: sie die Tochter des Chefs einer amerikanischen Nickelmine und er der Sohn eines leitenden Angestellten der United Fruit Company.

ROWOHLT, 464 Seiten, 20,60 Euro



**Emmanuelle Pirotte**  
HEUTE LEBEN WIR

Renée ist 6 oder 7, ganz genau weiß sie es nicht. Als elternloses jüdisches Mädchen wird sie im letzten Kriegswinter vor den Deutschen versteckt – bei den Nonnen, dem Pfarrer, den Bauern in den Ardennen. Bis sie dem SS-Offizier Matthias in die Hände fällt. Er verschwindet mit ihr im Wald, um sie zu erschießen, aber plötzlich nimmt alles einen ganz anderen Lauf.

S. FISCHER, 288 Seiten, 22,70 Euro



**Gary Victor**  
SUFF UND SÜHNE

Aus dem Französischen von Peter Trier. Inspektor Dieuswalwe Azémar hat keine Wahl: Will er nicht aus dem Polizeidienst entlassen werden, muss er sich der Entziehungskur unterziehen, die sein neuer Vorgesetzter ihm verordnet hat. Ausgerechnet jetzt wird er in ein Komplott hineingezogen, das sein Leben und das seiner Tochter bedroht. Die Spuren führen zum UN-Militärkontingent in Haiti.

LITRADUKT LITERATUREDITIONEN, 160 Seiten, 12,30 Euro



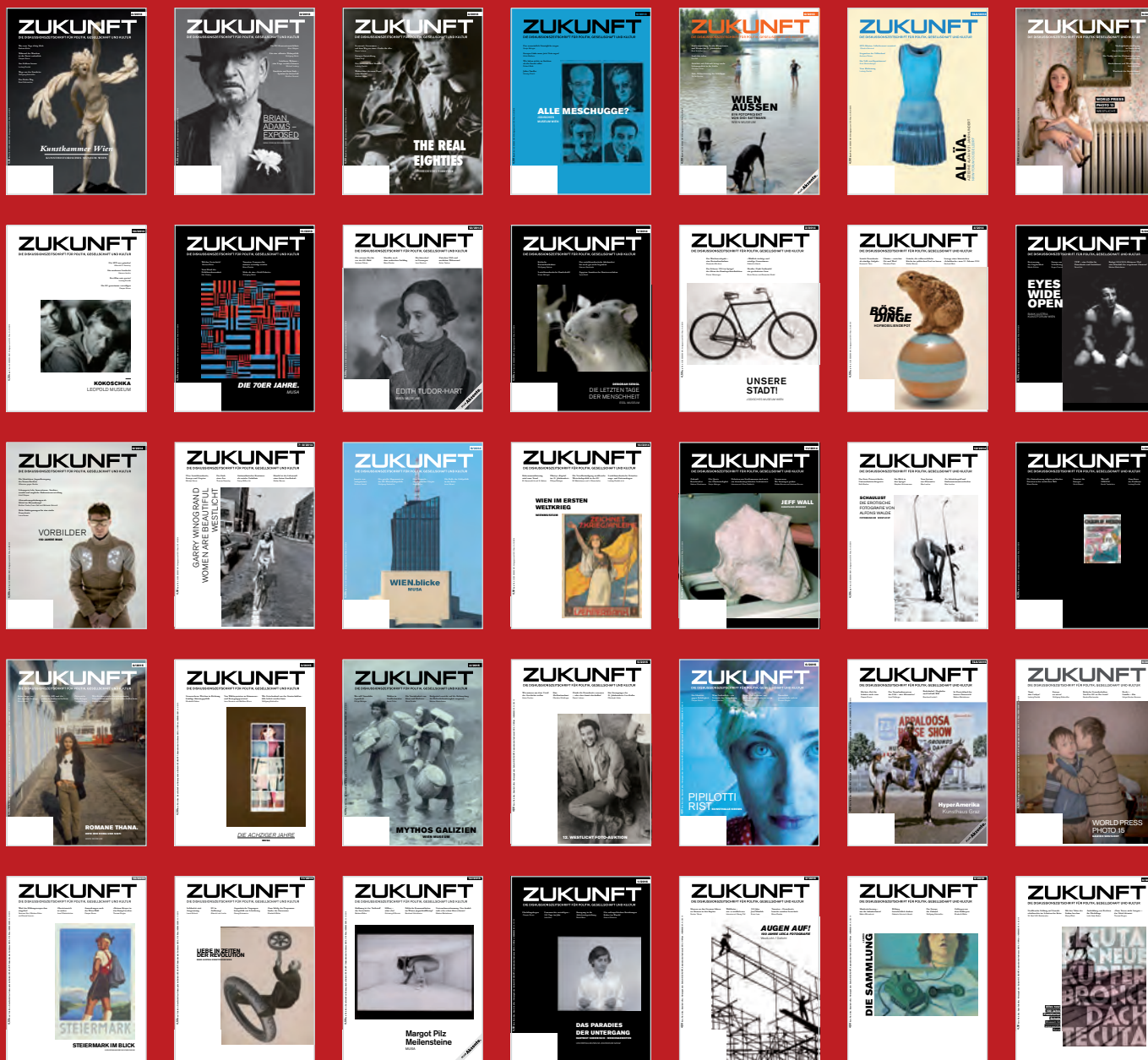
**Hendrik Groen**  
TANZTEE

Aus dem Niederländischen von Wibke Kuhn. Hendrik Groen veröffentlichte die ersten Einträge seines Tagebuchs aus dem Altersheim Amsterdam-Nord auf einer Website, bevor es zu einem sehr erfolgreichen Buch wurde. Der zweite Teil von Hendrik Groens Tagebuch spielt im Jahr 2015. Es gibt neue Mitglieder des Alt-aber-nicht-tot-Clubs und der Wunsch, die letzten Lebensjahre zu genießen, ist ungebrochen.

PIPER, 480 Seiten, 22,70 Euro

**HELLO,  
ROBOT**  
MAK





# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:

VA Verlag GmbH  
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3  
1110 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift:

# HORIZONT + UPDATE + BESTSELLER IM KOMBI-ABO!



Wöchentlich den **HORIZONT**,  
+ 4x im Jahr das Magazin **update**,  
+ 6x im Jahr den **bestseller**  
zusammen um nur  
**€ 159,-\***

inkl. Versand exkl. 10% USt



EVENT  
**GUTSCHEIN**  
IM WERT VON  
**€ 100,-**

\*Bei Abschluss eines Kombi-Abos bis 30. April 2017 erhalten Sie einen **EVENTGUTSCHEIN IM WERT VON € 100,- GESCHENKT**, einzulösen auf Ihre Eintrittskarte zu ausgewählten Veranstaltungen, wie z.B. die „**Österreichische Medientage 2017**“, dem „**werbeplanung.at Summit 2017**“, dem **ContentDay** oder der **PERFORMIX**. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

[www.horizont.at/abo](http://www.horizont.at/abo)